Bernd Michael Uhl *** ***	16 UF 62/24 Oberlandesgericht Karlsruhe 6F 202/21, 6F 9/22, 6F 2/23, 6F 2/22, etc.; amtsseitige KV-Sonderbände zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus, Rassismus
---------------------------------	--

25.09.2024
16 UF 62/24
Oberlandesgericht Karlsruhe

**ANTRAG auf Eingabefristverlängerung von mindestens
 drei Monaten für die verfahrensrelevanten juristischen Aufarbeitungen:**

**BEANTRAGUNG mehrerer Verhandlungstage zu den
 „umfangreichen“ und „vielfältigen“ und „übermäßigen“
 Thematisierungen von RASSISMUS im anhängigen Verfahrenskomplex
 gemäß OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE 16 UF 62/24 vom 13.08.2024.**

**Unter BERUFUNG auf und GEMÄSS des Urteils des Bundesgerichtshofes
 5 StR 326/23 vom 20.08.2024
 zur Verurteilung einer 99-jährigen Zivilangestellten NAZI-KZ-Sekretärin
 wegen Beteiligung am NS-Massenmord.**

**ANTRAG auf Eingabefristverlängerung von mindestens
 drei Monaten für die juristische Aufarbeitung
 u.a. wegen amtsseitiger NÖTIGUNG
 des KV, Nazi-Jägers, Antragstellers und Beschwerdeführers
 seit 2021 und insbesondere am 13.06.2024 unter 6F 9/22 beim Amtsgericht Mosbach
 mit der amtsseitigen Autoritären Verbotsposition entgegen Art. 5 GG
 bzgl. möglichem eingeforderten Verschweigen, Verleugnen und Verharmlosen
 der beantragten juristischen Aufarbeitungen
 von konkreten Tatbeteiligungen an NS-Verbrechen, an NS-Unrecht
 und an der Nazi-Justiz
 im Neckar-Odenwaldkreis
 in der eigenen institutionellen NS-Vergangenheitsbewältigung
 der Mosbacher Nachkriegs-Justiz.**

**Kontinuierliche VERFAHRENSRELEVANTE UND ENTSCHEIDUNGSERHEBLICHE
 amtsseitige Thematisierungen des Amtsgerichts Mosbach
 und des Oberlandesgerichts Karlsruhe
 bzgl. der anti-rassistischen Nazi-Jäger-Aktivitäten
 im anhängigen Verfahrenskomplex
 HIER zur amtsseitigen Benachteiligung des Beschwerdeführers.**

**BEANTRAGUNG mehrerer Verhandlungstage zu den im anhängigen
 Verfahrenskomplex „umfangreichen“ und „vielfältigen“
 Thematisierungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht im Neckar-Odenwaldkreis
 sowie deren mangelhafte juristischen Aufarbeitungen
 seitens der Mosbacher Nachkriegsjustiz nach 1945.**

**Unter BERUFUNG auf und GEMÄSS des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Münster
 vom 13.05.2024, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechts-
 extremistischen Verdachtsfall weiterhin einstufen darf.**

BEANTRAGUNG mehrerer Verhandlungstage zu den im anhängigen
Verfahrenskomplex vom OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 13.08.2024 unter 16
UF 62/24 qualifizierten
„umfangreichen“, „vielfältigen“ und „übermäßigen“
Thematisierungen von Rassismus sowie von beantragten juristischen Aufarbeitungen
im anhängigen Verfahrenskomplex
von nationalsozialistisch-rechtsextremistisch orientierten,
demokratie- und verfassungsfeindlichen, behindertenfeindlichen und rassistischen
Bestrebungen in und aus der AFD.

ZURÜCKWEISUNGEN der OLG KA-Verfügungen
mit den amtsseitig angedrohten inhaltlichen und prozessualen
Verfahrens-Benachteiligungen
und den angedrohten Kostenauflegungen
vom 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024.

ANTRAG auf Verfahrenskostenbefreiungen für NS-Verfahren
beim AMTSGERICHT MOSBACH und OLG KA.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß der vom KV-RA Herr Sommer aus Würzburg beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE HIER unter 16 UF 62/24 am 06.09.2024 beantragten Verlängerung der Eingabefristen sowie gemäß der OLG-Aussagen vom 22.08.2024 zur Berücksichtigung der Beschwerdeführer-Eingaben, um weitere amtsseitige verfahrensinhaltliche und prozessuale Benachteiligungen des Beschwerdeführers zu vermeiden, ergehen HIER folgende EINGABEN und BEANTRAGUNGEN:

Inhaltsverzeichnis

1. Zurückweisungen des Amtsseitigen Umgangs mit beantragten Verfahren zur juristischen Aufarbeitung von NS-, Rechtsextremismus- und Rassismus	4
1.1 Zurückweisung Amtsseitiger Bearbeitungsverweigerung bei NS-, Rechtsextremismus- und Rassismusverfahren	6
1.2 Zurückweisung Amtsseitiger Nötigung des Beschwerdeführers bei den beantragten juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen, insbesondere im Neckar-Odenwaldkreis	7
1.2.1 Zurückweisung des KONKRETEN Amtsseitigen Festhaltens an Rechtsprechung mit nationalsozialistischer Behindertendiskriminierung beim Amtsgericht Mosbach.....	8
1.2.1.1 Beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragte Wiederaufnahme- Aufhebungsverfahren zur nationalsozialistischen Behindertendiskriminierung in der Rechtsprechung des Amtsgerichts Mosbach.....	8
1.2.2 Zurückweisung der Amtsseitigen Einführung eines Sorgerechts-Einschränkungskriteriums „Ablehnung des Nationalsozialismus“	9
2. Zurückweisungen des Amtsseitigen Umgangs mit beantragten Verfahren zur juristischen Aufarbeitung von verfahrensrelevanten Bestrebungen in und aus der AFD	9
2.1 Zurückweisung Amtsseitiger Bearbeitungsverweigerungen bei Verfahren zur gerichtlichen Vorprüfung von nationalsozialistisch-rechtsextremistisch orientierten, demokratie- und verfassungsfeindlichen, behindertenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in und aus der AFD	12

3. Zurückweisung der amtsseitigen Willkürhandlungen mit gezielten verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers	13
3.1 Zurückweisung Amtsseitiger nötiger Doppelstrategie für gezielte Benachteiligungen des Beschwerdeführers.....	13
3.1.1 Zurückweisung Amtsseitiger Bedrohung des Antragstellers durch beabsichtigte Erfolglosigkeitsbescheidung des Antragsbegehrens und durch beabsichtigte Kostenauflegungen	14
4. Kontinuierliche VERFAHRENSRELEVANTE UND ENTSCHEIDUNGSERHEBLICHE Thematisierungen im Kontext von Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess sowie von Anti-Rassismus- und Nazi-Jäger-Aktivitäten des Beschwerdeführers im anhängigen Verfahrenskomplex seit 2021	14
4.1 Zurückweisungen des OLG KA-seitigen Labeling des Verfahrenskomplexes.....	15
4.1.1 Zurückweisung des OLG-KA-Verfahrens-Labeling als angeblich Verfahrensfremd	15
4.1.2 Zurückweisung des OLG-KA-Verfahrens-Labeling als angeblich Hochstrittig	16
4.1.3 Zurückweisung des OLG-KA-Verfahrens-Labeling als angeblich „übermäßige“ Thematisierung von Rassismus.....	16
4.1.3.1 Zurückweisung der Amtsseitigen Verfahrensführung, u.a. auch unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 2/22=OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE 16 UF 62/24, entgegen der Strafprozessordnung § 158 bei Strafanträgen zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus.....	17
4.1.3.2 Zurückweisung der Amtsseitigen Rechtsauffassung, dass es nicht Aufgabe eines deutschen Gerichtes sei, die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten	18
4.1.3.3 Zurückweisung des Amtsseitigen Verschweigens, Verleugnens und Ignorierens der NS-Prozesse des 21. Jahrhunderts sowie des hohen Alters noch lebender NS-Täter*innen	19
4.1.3.4 Zurückweisung des Amtsseitigen Anlegens von sogenannten Sonderbänden für die Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus .	20
4.1.3.5 Zurückweisung der KM-Eingabe vom 22.06.2022 unter 6F 202/21 zur beim AMTSGERICHT MOSBACH angeregten psychiatrischen Begutachtung des Beschwerdeführers hinsichtlich Verfahrensmanipulation und Rufschädigung	21
4.1.3.5.1 Zurückweisung der Amtsseitigen Tolerierung der KM-Seitigen wahrheitswidrigen Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers als angeblich psychisch krank unter Bezugnahme auf die amtsseitig separiert angelegten Sonderbände zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus.....	22
4.1.3.5.2 Zurückweisung der Amtsseitigen Generierung überlanger Verfahrensdauer in Kindschaftssachen auf Grund von KM-seitigen wahrheitswidrigen diskreditierenden und diffamierenden Unterstellungen	23
4.1.3.5.3 Zurückweisung der Amtsseitigen Verweigerung einer gerichtlich beauftragten psychiatrischen Begutachtung der KM	25
4.1.3.6 Zurückweisung der Amtsseitigen Verfügungen vom 17.08.2022 unter 6F 202/21 und 6F 9/22.....	27
4.1.3.6.1 Begründung der Amtsseitigen Verfügungen vom 17.08.2022 unter 6F 202/21 und 6F 9/22 mit amtseitiger Verknüpfung von NS-, Rechtsextremismus- und Rassismus-Verfahren mit Familienrechtsverfahren	29

4.1.3.6.1.1 Zurückweisung der Amtsseitigen Verwendung von Rechtswidriger Presse- und Medienberichterstattung	30
4.1.3.6.2 Gerichtliche Aufträge an die familienpsychologische Sachverständige aus den Amtsseitigen Verfügungen vom 17.08.2022 unter 6F 202/21 und 6F 9/22.....	32
4.1.3.7 Nicht vorhandene Thematisierungen der Nazi-Jäger-Aktivitäten des Beschwerdeführers seitens der dazu konkret gerichtlich beauftragen familienpsychologischen Sachverständigen aus Kitzingen	36
4.1.3.8 Zurückweisung der Amtsseitigen Relativierung der NAZI-AFD-Höcke-Rechtsprechung im gerichtlich beauftragten familienpsychologischen Gutachten	38
4.1.3.9 Sachverständigen-Feststellung einer nicht vorhandenen psychischen KV-Erkrankung im Begutachtungsergebnis des Klinikums Weinsberg.....	40
4.1.3.10 Zurückweisung der Amtsseitigen Nötigung des Beschwerdeführers mit der Unterstellung einer ANGEBLICHEN psychischen Erkrankung auf Grund seiner Eingaben und Beschwerden zur juristischen Aufarbeitung von Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus.....	41
5. Weitere Begründungen und Beantragungen.....	42
6. Beweismittel, Begründung und Glaubhaftmachung.....	42

1. Zurückweisungen des Amtsseitigen Umgangs mit beantragten Verfahren zur juristischen Aufarbeitung von NS-, Rechtsextremismus- und Rassismus

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt und labelt HIER unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 den HIER anhängigen Verfahrenskomplex als „Hochstrittig“ HIER zur konkreten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers mit dem GLEICHZEITIGEM OLG-KA amtsseitigen Labeling der BS-Eingaben als "umfangreich" und "vielfältig" und „übermäßig“ bzgl. der Thematisierung von Rassismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus aus Kapitel 1 bis 4, die das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE laut eigenen Aussagen vom 22.08.2024 EINERSEITS ANGEBLICH berücksichtigen wolle, WÄHREND ABER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE amtsseitig HIER ANDERERSEITS GLEICHZEITIG diese o.g. BS-Eingaben am 13.08.2024 EXPLIZIT NICHT berücksichtigt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER in seiner Verfügung vom 13.08.2024 GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass die KM in ihrer Eingabe unter 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE vom 14.07.2022 auf Seite 2, in Abs. 9, mit Bezugnahme auf 6F 202/21 gegenüber dem Beschwerdeführer Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess mit KONKRETEN Rassismusvorwürfen dahingehend NACHWEISBAR AKTENKUNDIG wiederholt und kontinuierlich unternimmt, dass der „weiße deutsche KV“ ANGEBLICH „tatsächlich ein Problem mit Rassismus“ haben könnte. Die KM wiederholt kontinuierlich im anhängigen Verfahrenskomplex beim AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE gegenüber dem KV und Beschwerdeführer wahrheitswidrige Rassismusvorwürfe, die DANN ABER

zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), bei Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), sowie auch daraus hervorgehend HIER bei Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. U.a. auch dieses krasse Fehlverhalten der KM mit den HIER gezielten KM-seitigen verfahrensinternen als auch außergerichtlichen Diskreditierungen und Diffamierungen mit persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers mit Rassismus- und Nazi-Unterstellungen im Zivilprozess, die HIER AUCH in verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligungen des Beschwerdeführers resultieren, begründet HIER KONKRET unter 16 UF 62/24 beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE die KV-BS-beantragte Verwirkung von KM-Unterhaltsansprüchen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

UND DIES WÄHREND der Bundesgerichtshof am 20.08.2024 eine 99-jährige Zivilangestellte NAZI-KZ-Sekretärin wegen Beteiligung am NS-Massenmord verurteilt. Auf dieses höchstichterliche Urteil wird hier Bezug in den Verfahren beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 mit „Rassismus“-Thematisierungen als Beweismittel für die HIER rechtskonformen, sachlich und fachlich begründeten Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, genommen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Es wird HIER darauf hingewiesen...: ZU den vom o.g. Geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex sowie in den amtsseitig angelegten KV-Sonderbänden beim Amtsgericht thematisierten KONKRETEN regionalen Tatbeteiligungen an NS-Verbrechenskomplexen im Neckar-Odenwaldkreis zählen HIER u.a. NS-Judenverfolgung und Holocaust; NS-Verfolgung und NS-Völkermord an den Sinti und Roma; NS-Zwangsarbeit; NS-Massenhinrichtungen von polnischen Zwangsarbeitern; Betrieb des NS-Konzentrationslager Neckarelz und anderer NS-KZ-Neckarlager; NS-Todesmärsche aus den regionalen KZs als Endphaseverbrechen; NS-Euthanasie in den Mosbacher Heil- und Pflegeanstalten Neckarelz, etc.

ZU den vom o.g. Geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex beim Amtsgericht thematisierten KONKRETEN regionalen Tatbeteiligungen durch die regionale Nazi-Justiz 1933 bis 1945 an NS-Unrechtskomplexen zählen HIER die Beteiligungen der Mosbacher NS-Justiz an o.g. KONKRETEN NS-Verbrechenskomplexen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER BISHER EXPLIZIT NICHT mit jeweils einzelner konkreter Bezugnahme diese konkreten nachweisbaren Sachverhalte und konkreten Eingaben des HIER geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer seit 2022. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH leitet HIER amtsseitig NUR SELEKTIV und WILLKÜRLICH vereinzelte Beschwerdeführer-Eingaben aus anderen assoziierten Verfahren des anhängigen Verfahrenskomplexes, die ebenfalls NACHWEISBAR auch mit der AKTENZEICHENKENNZEICHNUNG 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24

OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE versehen sind, an das zweitinstanzliche OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 weiter. HIER AUCH INSBESONDERE bzgl. der Beschwerdeführer-Thematisierungen o.g. konkreter verfahrensrelevanter und entscheidungserheblicher Sachverhalte. HIER zur gezielten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

!!! HIERMIT werden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgemäßen Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung mehrere Verhandlungstage anzusetzen für die Besprechungen der im anhängigen Verfahrenskomplex vom Beschwerdeführer beantragten juristischen Aufarbeitungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, sowie von der mangelhaften Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsjustiz von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE durch die Mosbacher Justiz. !!!

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

1.1 Zurückweisung Amtsseitiger Bearbeitungsverweigerung bei NS-, Rechtsextremismus- und Rassismusverfahren

Das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach missachtet die Strafprozessordnung unter § 158 bei der diesbzgl. gesetzlich geregelten Entgegennahme und Weiterbearbeitung HIER ABER EXPLIZIT in deren Anwendung mit der amtsseitigen NICHT-Benennung der o.g. einzeleingabenbezogenen konkreten Sachverhalte, NICHT-Ausstellung der jeweiligen konkreten Eingangsbestätigungen und der NICHT-Mitteilung von jeweiligen konkreten Weiterbearbeitungen bzw. mit Verweigerungen von Mitteilungen offizieller Zuständigkeitsweiterverweisungen in der o.g. jeweiligen konkreten Eingaben-Sache. Das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach verweigert HIER EXPLIZIT amtsseitig Eingangs- und Weiterbearbeitungsbestätigungen, Sachverhaltsbenennungen und Zuständigkeitsverweisungen bei beantragten Wiederaufnahme- und Aufhebungsverfahren, bei beantragten Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren, bei beantragten gerichtlichen Prüfungen zu o.g. einzeleingabenbezogenen konkreten Sachverhalten. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

1.2 Zurückweisung Amtsseitiger Nötigung des Beschwerdeführers bei den beantragten juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen, insbesondere im Neckar-Odenwaldkreis

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Sowohl das Amtsgericht Mosbach als auch das Oberlandesgericht Karlsruhe verfolgen seit 2021 HIER vor dem Hintergrund von Kapitel 1 und 2 eine nötige Doppelstrategie mit einer kontinuierlichen inhaltlichen und prozessualen Verfahrensbenachteiligung des Beschwerdeführers im o.g. anhängigen Verfahrenskomplex EINERSEITS und den Verfahrenskostenauflegungen sowie weiteren finanziellen Schädigungen ANDERERSEITS gegenüber dem KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer ENTGEGEN Art. 5 GG, damit der HIER geschädigte KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer unter der HIER vorliegend amtsseitig eingeforderten Handlung, Duldung und Unterlassung, u.a. am 13.06.2024 unter 6F 9/22 AMTSGERICHT MOSBACH sowie unter 16 UF 62/24 OLG KA-Verfügungen vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024, von seinen o.g. Eingaben an und Beschwerden gegen das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus ablassen solle.

Am 13.06.2024 hat der Anzeigersteller aus der Gerichtsverhandlung beim Amtsgericht Mosbach unter 6F 9/22 heraus um 14:44 Uhr unter der Telefonnummer 110 die Polizei angerufen, ... (a) weil dem KV, Nazi-Jäger und Anzeigersteller vor einem deutschen Gericht durch die o.g. Richterin beim Amtsgericht Mosbach als fallverantwortlicher Spruchkörper in 6F 202/21 und 6F 9/22 wiederholt verboten wurde, seine ablehnende Meinung zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus mündlich sowie ordnungsgemäß zu Protokoll vorzubringen, während ABER GLEICHZEITIG gegenüber dem KV wiederholt wahrheitswidrige Rassismuskorwürfe gemacht werden, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen ... während ABER GLEICHZEITIG die KM im familienpsychologischen Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 Familienangehörige des KV als ein aus der Luft gegriffenes Werturteil wahrheitswidrig und rechtswidrig entgegen der aktuellen AFD-Nazi-Höcke-Rechtsprechung als „NAZI“ bezeichnet ... (b) weil die o.g. Richterin beim Amtsgericht Mosbach als fallverantwortlicher Spruchkörper nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex die Strafprozessordnung unter § 158 seit Sommer 2022 bei der gesetzlich geregelten Entgegennahme von Strafanträgen missachtet. UND DIES INSBESONDERE bei eingereichten Strafanträgen zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus. UND DIES INSBESONDERE auch mit den amtsseitigen Verweigerungen von Eingangs- und Weiterbearbeitungsbestätigungen bzw. offiziellen Zuständigkeitsverweisungen bei beantragten Wiederaufnahme- und Aufhebungsverfahren, Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren zu o.g. genannten Sachverhalten. Dieser KV-Anruf bei der Polizei aus der Gerichtsverhandlung heraus ist u.a. dokumentiert im gerichtlichen Vermerk vom 13.06.2024 unter 6F 9/22 = 16 UF 62/24 OLG KA.

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

1.2.1 Zurückweisung des KONKRETEN Amtsseitigen Festhaltens an Rechtsprechung mit nationalsozialistischer Behindertendiskriminierung beim Amtsgericht Mosbach

Die Amtsseitige Nötigung des Beschwerdeführers in Kapitel 1.2 und die amtsseitige Doppelstrategie zur Benachteiligung des Beschwerdeführers in Kapitel 3.1 bezieht sich HIER INSBESONDERE AUCH auf die Eingaben an und Beschwerden des Beschwerdeführers gegen das AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE zum bisherigen konkreten amtsseitigen Festhalten an der nationalsozialistischen Behindertendiskriminierungs-Rechtsprechung 1933 bis 1945 beim Amtsgericht Mosbach (SIEHE dazu HIER: AMTSGERICHT MOSBACH Az. XIII 69/35 vom 02.07.1935 des Erbgesundheitsgerichtes beim Amtsgericht Mosbach zu den Nazi-Zwangssterilisierungen, ... HIER: AMTSGERICHT MOSBACH FR.N. VIII/595 vom 08.10.1940, Fall Gida Falkenstein des Vormundschaftsgerichtes beim Amtsgericht Mosbach zur Nazi-Euthanasie). UND ZWAR ENTGEGEN den vom Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex beantragten diesbzgl. Wiederaufnahme- und Aufhebungsverfahren seit 2022.

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

1.2.1.1 Beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragte Wiederaufnahme- Aufhebungsverfahren zur nationalsozialistischen Behindertendiskriminierung in der Rechtsprechung des Amtsgerichts Mosbach

Unter BERUFUNG auf und GEMÄSS des Urteils des Bundesgerichtshofes 5 StR 326/23 vom 20.08.2024 zur Verurteilung einer 99-jährigen Zivilangestellten NAZI-KZ-Sekretärin wegen Beteiligung am NS-Massenmord in den NS-Prozessen des 21. Jahrhunderts auch in 2022, 2023 und 2024

Unter BERUFUNG auf und GEMÄSS den Vorgaben des DEUTSCHEN BUNDESTAGES seit Juni 2022 unter BT-Drucksache 20/2429 zur Anerkennung der Opfer der nationalsozialistischen Euthanasie und NS-Zwangssterilisierung

UND ZWAR verfahrenstechnisch analog zum erfolgreichen Aufhebungs-Wiederaufnahmeverfahren des Reichstagsbrandurteils von 1933 beim Reichsgericht Leipzig DANN bei der Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe in 2007 ...

!!! HIERMIT werden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgemäßen Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung mehrere Verhandlungstage anzusetzen für die Besprechungen der im anhängigen Verfahrenskomplex vom Beschwerdeführer beantragten juristischen Aufarbeitungen von nationalsozialistischer Behindertendiskriminierungs-Rechtsprechung 1933 bis 1945 beim Amtsgericht Mosbach (SIEHE dazu HIER: AMTSGERICHT MOSBACH Az. XIII 69/35 vom 02.07.1935 des Erbgesundheitsgerichtes beim Amtsgericht Mosbach zu den Nazi-Zwangssterilisierungen, ... HIER: AMTSGERICHT MOSBACH FR.N. VIII/595 vom 08.10.1940, Fall Gida Falkenstein des Vormundschaftsgerichtes beim Amtsgericht Mosbach zur Nazi-Euthanasie) !!!

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Abschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT

MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

1.2.2 Zurückweisung der Amtsseitigen Einführung eines Sorgerechts-Einschränkungs-kriteriums „Ablehnung des Nationalsozialismus“

U.a. unter 6F 9/22 am 13.06.2024 führt das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach HIER die KV-seitige nachweisbare „Ablehnung des Nationalsozialismus“ an als ein Kriterium für eine entscheidungserhebliche Einschränkung des Sorgerechts und Umgangsrechts beim Amtsgericht Mosbach ein mit konkreter Bezugnahme auf die konkreten o.g. KV-Nazi-Jäger-Eingaben und Beschwerden an das AMTSGERICHT MOSBACH beginnend seit dem 03.06.2022 zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus im anhängigen Verfahrenskomplex SOWIE mit konkreter Bezugnahme auf die diesbzgl. mündlichen Äußerungen des KV, Nazi-Jägers und Beschwerdeführers am 13.06.2024 unter 6F 9/22. In der konkreten Nationalsozialistischen Familienrechtspraxis ist die „Ablehnung des Nationalsozialismus“ eine Begründung für nationalsozialistisch politisch motivierte Sorgerechts-Einschränkungen bzw. für Sorgerechtsentzug, indem auf die angeblich dadurch entstehende Gefährdung des Kindeswohls wegen Widerstandsleistungen gegen den Nationalsozialismus verwiesen wird (Siehe dazu auch die einschlägige rechts-, geschichts- und politikwissenschaftliche und soziologische Fachliteratur). Daher entzieht der fallverantwortliche Spruchkörper beim vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH u.a. auch am 13.06.2024 unter 6F 9/22, wie gerichtlich vermerkt, dem KV, Nazi-Jäger und Beschwerdeführer wiederholt mit diskriminierenden, anti-demokratischen und autoritären Verfahrensweisen und Verfahrensführungen das Wort entgegen Art. 5 GG in den gerichtlichen Anhörungen im anhängigen Verfahrenskomplex beim Amtsgericht Mosbach. UND DIES INSBESONDERE bei KV-BS-eingereichten Strafanträgen zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus. UND DIES INSBESONDERE auch mit den amtsseitigen Verweigerungen von Eingangs- und Weiterbearbeitungsbestätigungen bzw. offiziellen Zuständigkeitsverweisungen bei beantragten Wiederaufnahme- und Aufhebungsverfahren, Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren zu o.g. genannten Sachverhalten. Am 13.06.2024 hat der Anzeigerstatler aus der Gerichtsverhandlung beim Amtsgericht Mosbach unter 6F 9/22 heraus um 14:44 Uhr unter der Telefonnummer 110 die Polizei angerufen. Dieser KV-Anruf bei der Polizei aus der Gerichtsverhandlung heraus ist u.a. dokumentiert im gerichtlichen Vermerk vom 13.06.2024 unter 6F 9/22 = 16 UF 62/24 OLG KA.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH mit der Amtsseitigen Einführung eines Sorgerechts-Einschränkungskriteriums „Ablehnung des Nationalsozialismus“ beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. diesbzgl. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET durchzuführen !!!

2. Zurückweisungen des Amtsseitigen Umgangs mit beantragten Verfahren zur juristischen Aufarbeitung von verfahrensrelevanten Bestrebungen in und aus der AFD

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt und labelt HIER unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 den HIER anhängigen

Verfahrenskomplex als „Hochstrittig“ HIER zur konkreten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers mit dem GLEICHZEITIGEM OLG-KA amtsseitigen Labeling der BS-Eingaben als "umfangreich" und "vielfältig" und „übermäßig“ bzgl. der Thematisierung von Rassismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus aus Kapitel 1 bis 4, die das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE laut eigenen Aussagen vom 22.08.2024 EINERSEITS ANGEBLICH berücksichtigen wolle, WÄHREND ABER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE amtsseitig HIER ANDERERSEITS GLEICHZEITIG diese o.g. BS-Eingaben am 13.08.2024 EXPLIZIT NICHT berücksichtigt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER in seiner Verfügung vom 13.08.2024 GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass die KM in ihrer Eingabe unter 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE vom 14.07.2022 auf Seite 2, in Abs. 9, mit Bezugnahme auf 6F 202/21 gegenüber dem Beschwerdeführer Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess mit KONKRETEN Rassismusrwürfen dahingehend NACHWEISBAR AKTENKUNDIG wiederholt und kontinuierlich unternimmt, dass der „weiße deutsche KV“ ANGEBLICH „tatsächlich ein Problem mit Rassismus“ haben könnte. Die KM wiederholt kontinuierlich im anhängigen Verfahrenskomplex beim AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE gegenüber dem KV und Beschwerdeführer wahrheitswidrige Rassismusrwürfe, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), bei Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), sowie auch daraus hervorgehend HIER bei Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. U.a. auch dieses krasse Fehlverhalten der KM mit den HIER gezielten KM-seitigen verfahrensinernen als auch außergerichtlichen Diskreditierungen und Diffamierungen mit persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers mit Rassismus- und Nazi-Unterstellungen im Zivilprozess, die HIER AUCH in verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligungen des Beschwerdeführers resultieren, begründet HIER KONKRET unter 16 UF 62/24 beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE die KV-BS-beantragte Verwirkung von KM-Unterhaltsansprüchen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

UND DIES WÄHREND das Oberverwaltungsgericht Münster am 13.05.2024 die Vorinstanz des Verwaltungsgerichts Köln dahingehend bestätigt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall weiterhin einstufen darf. Auf dieses höchstrichterliche Urteil wird hier Bezug in den Verfahren beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 mit „Rassismus“-Thematisierungen als Beweismittel für die rechtskonformen, sachlich und fachlich begründeten Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers zur AfD mit seinen beantragten Verfahren zu gerichtlichen Vorprüfungen von nationalsozialistisch-rechtsextremistisch orientierten, demokratie- und verfassungsfeindlichen, behindertenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in und aus der AfD genommen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH leitet HIER amtsseitig NUR SELEKTIV und WILLKÜRLICH vereinzelte o.g. Beschwerdeführer-Eingaben aus anderen assoziierten Verfahren des anhängigen Verfahrenskomplexes, die ebenfalls NACHWEISBAR auch mit der AKTENZEICHENKENNZEICHNUNG 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE versehen sind, an das zweitinstanzliche OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 weiter. HIER AUCH INSBESONDERE bzgl. der Beschwerdeführer-Thematisierungen o.g. konkreter verfahrensrelevanter und entscheidungserheblicher Sachverhalte. HIER zur gezielten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt HIER unter 16 UF 62/24 EXPLIZIT NICHT, dass das AMTSGERICHT MOSBACH HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS die KV-seitig beantragten juristischen Aufarbeitungen von rechtsextremistischen, demokratie- und verfassungsfeindlichen, rassistischen Bestrebungen der AFD, HIER KONKRET u.a. bei den KV-Beweisantragspaketen ab dem 18.03.2024 unter 6F 202/21, 6F 9/22 mit 6F 2/22-Referenz und bei den KV-Eingaben ab dem 21.01.2024 bzw. 30.01.2024 unter 6F 202/21, 6F 9/22 mit 6F 2/22-Referenz ignoriert und verweigert. Das AMTSGERICHT MOSBACH verweigert HIERZU die diesbzgl. KONKRETEN Eingangs- und Weiterbearbeitungs- bzw. Weiterleitungsbestätigungen, HIER auch an das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE ENTGEGEN 16 UF 62/24 vom 22.08.2024. UND DIES WÄHREND ABER das Oberverwaltungsgericht Münster am 13.05.2024 die Vorinstanz des Verwaltungsgerichts Köln dahingehend bestätigt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall weiterhin einstufen darf. Auf dieses höchstrichterliche Urteil wird hier Bezug in den Verfahren beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 mit „Rassismus“-Thematisierungen als Beweismittel für die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers zur NS-Euthanasie genommen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

GEMÄSS der OLG KA-Aussage vom 22.08.2024 unter 16 UF 62/24 hätte ABER HIER das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH EBENFALLS diese BS-AFD-Eingaben mit der diesseitigen AKTENZEICHENKENNZEICHNUNG 6F 2/22 ABER KONKRET an das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE weiterleiten müssen und EBEN NICHT wie HIER vorliegend eine amtsseitige Weiterleitung verweigern dürfen. UND DIES WÄHREND ABER das Oberverwaltungsgericht Münster am 13.05.2024 die Vorinstanz des Verwaltungsgerichts Köln dahingehend bestätigt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall weiterhin einstufen darf. Auf dieses höchstrichterliche Urteil wird hier Bezug in den Verfahren beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 mit „Rassismus“-Thematisierungen als Beweismittel für die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers zur AFD genommen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

2.1 Zurückweisung Amtsseitiger Bearbeitungsverweigerungen bei Verfahren zur gerichtlichen Vorprüfung von nationalsozialistisch-rechtsextremistisch orientierten, demokratie- und verfassungsfeindlichen, behindertenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in und aus der AFD

Das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach missachtet die Strafprozessordnung unter § 158 bei der diesbzgl. gesetzlich geregelten Entgegennahme und Weiterbearbeitung HIER ABER EXPLIZIT in deren Anwendung mit der amtsseitigen NICHT-Benennung der o.g. einzeleingabenbezogenen konkreten Sachverhalte, NICHT-Ausstellung der jeweiligen konkreten Eingangsbestätigungen und der NICHT-Mitteilung von jeweiligen konkreten Weiterbearbeitungen bzw. mit Verweigerungen von Mitteilungen offizieller öffentlicher Zuständigkeitsweiterverweisungen in der o.g. jeweiligen konkreten Sache. Das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach verweigert HIER EXPLIZIT amtsseitig Eingangs- und Weiterbearbeitungsbestätigungen, Sachverhaltsbenennungen und Zuständigkeitsverweisungen bei beantragten Wiederaufnahme- und Aufhebungsverfahren, bei beantragten Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren, bei beantragten gerichtlichen Prüfungen zu o.g. einzeleingabenbezogenen konkreten Sachverhalten. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt HIER unter 16 UF 62/24 EXPLIZIT NICHT, dass das AMTSGERICHT MOSBACH HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS die KV-seitig beantragten juristischen Aufarbeitungen von rechtsextremistischen, demokratie- und verfassungsfeindlichen, rassistischen Bestrebungen der AFD, HIER KONKRET u.a. bei den KV-Beweisantragspaketen ab dem 18.03.2024 unter 6F 202/21, 6F 9/22 mit 6F 2/22-Referenz und bei den KV-Eingaben ab dem 21.01.2024 bzw. 30.01.2024 unter 6F 202/21, 6F 9/22 mit 6F 2/22-Referenz ignoriert und verweigert. Das AMTSGERICHT MOSBACH verweigert HIERZU die diesbzgl. Eingangs- und Weiterbearbeitungs- bzw. Weiterleitungsbestätigungen, HIER auch an das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE ENTGEGEN 16 UF 62/24 vom 22.08.2024. GEMÄSS der OLG KA-Aussage vom 22.08.2024 unter 16 UF 62/24 hätte ABER HIER das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH EBENFALLS diese Eingaben mit der diesseitigen AKTENZEICHENKENNZEICHUNG 6F 2/22 ABER KONKRET an das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE weiterleiten müssen und EBEN NICHT wie HIER vorliegend eine amtsseitige Weiterleitung verweigern dürfen. UND DIES WÄHREND ABER das Oberverwaltungsgericht Münster am 13.05.2024 die Vorinstanz des Verwaltungsgerichts Köln dahingehend bestätigt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall weiterhin einstufen darf. Auf dieses höchstrichterliche Urteil wird hier Bezug in den Verfahren beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 mit „Rassismus“-Thematisierungen als Beweismittel für die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers zur AFD genommen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten

Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die o.g. Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. konkreten AFD-Eingaben des Beschwerdeführers beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigener zweitinstanzlicher Bearbeitung der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

3. Zurückweisung der amtsseitigen Willkürhandlungen mit gezielten verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers

3.1 Zurückweisung Amtsseitiger nötiger Doppelstrategie für gezielte Benachteiligungen des Beschwerdeführers

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Sowohl das Amtsgericht Mosbach als auch das Oberlandesgericht Karlsruhe verfolgen seit 2021 HIER vor dem Hintergrund von Kapitel 1 und 2 eine nötige Doppelstrategie mit einer kontinuierlichen inhaltlichen und prozessualen Verfahrensbenachteiligung des Beschwerdeführers im o.g. beim AMTSGERICHT MOSBACH anhängigen Verfahrenskomplex EINERSEITS und den Verfahrenskostenauflegungen sowie weiteren finanziellen Schädigungen ANDERERSEITS gegenüber dem KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer ENTGEGEN Art. 5 GG, damit der HIER geschädigte KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer unter der HIER vorliegend amtsseitig eingeforderten Handlung, Duldung und Unterlassung, u.a. am 13.06.2024 unter 6F 9/22 AMTSGERICHT MOSBACH sowie unter 16 UF 62/24 OLG KA-Verfügungen vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024, von seinen Eingaben an sowie von seinen Beschwerden gegen das AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE bzgl. Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus aus Kapitel 1 und 2 HIER ablassen solle. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER BISHER EXPLIZIT NICHT diese konkreten nachweisbaren Sachverhalte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Dies bezieht sich HIER INSBESONDERE AUCH auf die Eingaben an und Beschwerden des Beschwerdeführers gegen das AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE zum bisherigen konkreten amtsseitigen Festhalten an der nationalsozialistischen Behindertendiskriminierungs-Rechtsprechung 1933 bis 1945 beim Amtsgericht Mosbach ENTGEGEN den vom Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex beantragten diesbzgl. Wiederaufnahme- und Aufhebungsverfahren seit 2022 in Kapitel 1.2.1.

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

3.1.1 Zurückweisung Amtsseitiger Bedrohung des Antragstellers durch beabsichtigte Erfolgslosigkeitsbescheidung des Antragsbegehrens und durch beabsichtigte Kostenauflegungen

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

4. Kontinuierliche VERFAHRENSRELEVANTE UND ENTSCHEIDUNGSERHEBLICHE Thematisierungen im Kontext von Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess sowie von Anti-Rassismus- und Nazi-Jäger-Aktivitäten des Beschwerdeführers im anhängigen Verfahrenskomplex seit 2021

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt und labelt HIER unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 den HIER anhängigen Verfahrenskomplex als „Hochstrittig“ HIER zur konkreten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers mit dem GLEICHZEITIGEM OLG-KA amtsseitigen Labeling der BS-Eingaben als "umfangreich" und "vielfältig" und „übermäßig“ bzgl. der Thematisierung von Rassismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus aus Kapitel 1 bis 4, die das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE laut eigenen Aussagen vom 22.08.2024 EINERSEITS ANGEBLICH berücksichtigen wolle, WÄHREND ABER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE amtsseitig HIER ANDERERSEITS GLEICHZEITIG diese o.g. BS-Eingaben am 13.08.2024 EXPLIZIT NICHT berücksichtigt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER in seiner Verfügung vom 13.08.2024 GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass die KM in ihrer Eingabe unter 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE vom 14.07.2022 auf Seite 2, in Abs. 9, mit Bezugnahme auf 6F 202/21 gegenüber dem Beschwerdeführer Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess mit KONKRETEN Rassismusvorwürfen dahingehend NACHWEISBAR AKTENKUNDIG wiederholt und kontinuierlich unternimmt, dass der „weiße deutsche KV“ ANGEBLICH „tatsächlich ein Problem mit Rassismus“ haben könnte. Die KM wiederholt kontinuierlich im anhängigen Verfahrenskomplex beim AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE gegenüber dem KV und Beschwerdeführer wahrheitswidrige Rassismusvorwürfe, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), bei Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), sowie auch daraus hervorgehend HIER bei Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. U.a. auch dieses krasse Fehlverhalten der KM mit den HIER gezielten KM-seitigen verfahrensinternen als auch außergerichtlichen Diskreditierungen und Diffamierungen mit persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers mit Rassismus- und Nazi-Unterstellungen im Zivilprozess, die HIER AUCH in verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligungen des Beschwerdeführers resultieren, begründet HIER KONKRET unter 16 UF 62/24 beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE die KV-BS-beantragte Verwirkung von

KM-Unterhaltsansprüchen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Gemäß der Thematisierung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 begründet das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH die ABR-eA-Entscheidung unter 6F 211/21 vom 23.12.2021 mit Bezugnahme auf die wahrheitswidrigen KM-Rassismus-Unterstellungen einer angeblichen „modernen Versklavung“ in einem Kinderdorfhaus gegenüber dem Beschwerdeführer, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE AUCH HIER im Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie zu verfahrensinternen als auch außergerichtlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers führen. Das OLG UNTERLÄSST HIER seinerseits diese konkreten Sachverhalte und Sach-Zusammenhänge zu thematisieren. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgerechten Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung eindeutig klar zu stellen, wann, wie und wo es zulässig sein kann, Verfahrensbeteiligten in Zivilprozessen der Familienrechtsverfahren Verfahrensbeteiligten „Rassismus“ sowohl zur Verfahrensbeeinflussung als auch für persönliche und berufliche Rufschädigungen zu unterstellen !!!

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

4.1 Zurückweisungen des OLG KA-seitigen Labeling des Verfahrenskomplexes

>>> ZUR VERMEIDUNG VON WIEDERHOLUNGEN wird HIER verwiesen auf die Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers vom 31.08., 03.09., 04.09., 08.09. und 22.09.2024 mit den Zurückweisungen der Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde.

4.1.1 Zurückweisung des OLG-KA-Verfahrens-Labeling als angeblich Verfahrensfremd

Es ergehen HIER die ZURÜCKWEISUNGEN der diskreditierenden und herabwürdigenden OLG KA-Klassifizierung mit amtsseitig zum Ausdruck gebrachter Ausschließungs- bzw. Unterdrückintention der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben unter Kapitel 1 und 2 sowie in Kapitel 3 dargelegt als ANGEBLICH „verfahrensfremd“ in der Verfügung vom 13.08.2024 unter 16 UF 62/24. Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.2 Zurückweisung des OLG-KA-Verfahrens-Labeling als angeblich Hochstrittig

Es ergehen HIER die ZURÜCKWEISUNGEN des HIER amtsseitig unsachgemäßen und HIER unzulässigen OLG KA-Verfahrenskomplex-Labeling als ANGEBLICH „hochstrittig“ in der Verfügung vom 13.08.2024 unter 16 UF 62/24.

4.1.3 Zurückweisung des OLG-KA-Verfahrens-Labeling als angeblich „übermäßige“ Thematisierung von Rassismus

Es ergehen HIER die ZURÜCKWEISUNGEN des HIER amtsseitig unsachgemäßen und HIER unzulässigen OLG KA-Verfahrenskomplex-Labeling als ANGEBLICH „Übermäßige Thematisierung von Rassismus“ in der Verfügung vom 13.08.2024 unter 16 UF 62/24.

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt und labelt HIER unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 den HIER anhängigen Verfahrenskomplex als „Hochstrittig“ HIER zur konkreten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers mit dem GLEICHZEITIGEM OLG-KA amtsseitigen Labeling der BS-Eingaben als "umfangreich" und "vielfältig" und „übermäßig“ bzgl. der Thematisierung von Rassismus, Nationalsozialismus und Rechtsextremismus aus Kapitel 1 bis 4, die das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE laut eigenen Aussagen vom 22.08.2024 EINERSEITS ANGEBLICH berücksichtigen wolle, WÄHREND ABER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE amtsseitig HIER ANDERERSEITS GLEICHZEITIG diese o.g. BS-Eingaben am 13.08.2024 EXPLIZIT NICHT berücksichtigt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER in seiner Verfügung vom 13.08.2024 GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass die KM in ihrer Eingabe unter 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE vom 14.07.2022 auf Seite 2, in Abs. 9, mit Bezugnahme auf 6F 202/21 gegenüber dem Beschwerdeführer Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess mit KONKRETEN Rassismusvorwürfen dahingehend NACHWEISBAR AKTENKUNDIG wiederholt und kontinuierlich unternimmt, dass der „weiße deutsche KV“ ANGEBLICH „tatsächlich ein Problem mit Rassismus“ haben könnte. Die KM wiederholt kontinuierlich im anhängigen Verfahrenskomplex beim AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE gegenüber dem KV und Beschwerdeführer wahrheitswidrige Rassismusvorwürfe, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), bei Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), sowie auch daraus hervorgehend HIER bei Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. U.a. auch dieses krasse Fehlverhalten der KM mit den HIER gezielten KM-seitigen verfahrensinternen als auch außergerichtlichen Diskreditierungen und Diffamierungen mit persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers mit Rassismus- und Nazi-Unterstellungen im Zivilprozess, die HIER AUCH in verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligungen des Beschwerdeführers resultieren, begründet HIER KONKRET unter 16 UF 62/24 beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE die KV-BS-beantragte Verwirkung von KM-Unterhaltsansprüchen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

4.1.3.1 Zurückweisung der Amtsseitigen Verfahrensführung, u.a. auch unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 2/22=OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE 16 UF 62/24, entgegen der Strafprozessordnung § 158 bei Strafanträgen zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex die Strafprozessordnung unter § 158 im anhängigen Verfahrenskomplex seit Sommer 2022 bei der gesetzlich geregelten Entgegennahme für konkrete Eingangsbestätigungen, konkrete Sachverhaltsbenennungen und konkrete Weiterbearbeitungsmitteilungen bzw. konkrete Zuständigkeitsverweisungen von Strafanträgen gezielt missachtet. UND DIES INSBESONDERE bei o.g. eingereichten KV-Strafanträgen beim Amtsgericht Mosbach zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus aus Kapitel 1 und Kapitel 2. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass auch der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bereits das AMTSGERICHT MOSBACH unter 6F 2/22 = OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE 16 UF 62/24 bereits am 22.06.202 schriftlich verfahrensrelevant aktenkundig auf diese o.g. Sacherhalte in der zu kritisierenden Verfahrensführung beim AMTSGERICHT MOSBACH hingewiesen und dementsprechend sachgerechte Eingangs- und Weiterleitungs-Bestätigungen sowohl bzgl. der KV-Strafanzeigen gegen die KM-Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess gegenüber dem Beschwerdeführer als auch bzgl. der unter Kapitel 1 erläuterten KV-Strafanzeigen-Eingaben zur juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE zu NS-Verbrechen und NS-Unrecht im Neckar-Odenwaldkreis, beim vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH erbeten hatte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, dass daraufhin anschließend das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex Hin und Wieder mal sporadisch im anhängigen Verfahrenskomplex EXPLIZIT Pauschale und ABER NICHT-Nachvollziehbare ANGEBLICHE Weiterleitungsbestätigungen an die Staatsanwaltschaft Mosbach mitteilt, ABER weiterhin konkrete Eingangsbestätigungen, konkrete Sachverhaltsbenennungen und konkrete Weiterbearbeitungsmitteilungen bzw. konkrete Zuständigkeitsverweisungen von Strafanträgen ENTGEGEN der Strafprozessordnung § 158 im anhängigen Verfahrenskomplex gezielt missachtet und verweigert. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

§ 158

Strafanzeige; Strafantrag

(1) Die Anzeige einer Straftat und der Strafantrag können bei den Staatsanwaltschaften und **Amtsgerichten** schriftlich angebracht werden. Dem Verletzten ist auf Antrag der

Eingang seiner Anzeige schriftlich zu bestätigen. Die Bestätigung soll eine kurze Zusammenfassung der Angaben des Verletzten zu Tatzeit, Tatort und angezeigter Tat enthalten.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgerechten Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung eindeutig mit zweitinstanzlicher Zurückweisung an das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH klar zu stellen, dass gemäß der Strafprozessordnung unter § 158 amtsseitig konkrete Eingangsbestätigungen, konkrete Sachverhaltsbenennungen und konkrete Weiterbearbeitungsmitteilungen bzw. konkrete Zuständigkeitsverweisungen von Strafanträgen durchzuführen sind. Und dies INSBESONDERE bei Strafanträgen zu NS-Verbrechen, NS-Unrecht, Rechtsextremismus und Rassismus. !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.2 Zurückweisung der Amtsseitigen Rechtsauffassung, dass es nicht Aufgabe eines deutschen Gerichtes sei, die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass daraufhin anschließend das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 9/22 am 17.08.202 schriftlich verfahrensrelevant aktenkundig AUSRÜCKLICH mitteilt, dass es ENTGEGEN Kapitel 1 ANGEBLICH NICHT Aufgabe eines deutschen Gerichtes sei, die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. UND DIES SOLLE INBESONDERE HIER GELTEN im KONKRETEN Zuständigkeitsbereich des AMTSGERICHT MOSBACH und der Mosbacher Justiz und des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE bzgl. NS-Verbrechen und NS-Unrecht, auch bzgl. Nazi-Justiz u.a. beim AG MOS, im Neckar-Odenwaldkreis sowie bzgl. deren mangelhafte juristische Aufarbeitung nach 1945 durch die Mosbacher Nachkriegsjustiz. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgerechten Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung eindeutig mit zweitinstanzlicher Zurückweisung an das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH klar zu stellen, dass das es angesichts der NS-Prozesse im 21. Jahrhundert, auch in 2022, 2023 und 2024 DEFINITIV Aufgabe eines deutschen Gerichtes ist, die NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Und dies INSBESONDERE im eigenen Zuständigkeitsbereich des Neckar-Odenwaldkreises. INSBESONDERE in der eigenen institutionellen NS-Vergangenheitsbewältigung der Nazi-Justiz 1933 bis 1945 !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.3 Zurückweisung des Amtsseitigen Verschweigens, Verleugnens und Ignorierens der NS-Prozesse des 21. Jahrhunderts sowie des hohen Alters noch lebender NS-Täter*innen

UND DIES WÄHREND der Bundesgerichtshof am 20.08.2024 eine 99-jährige Zivilangestellte NAZI-KZ-Sekretärin wegen Beteiligung am NS-Massenmord verurteilt. Auf dieses höchstichterliche Urteil wird hier Bezug in den Verfahren beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 mit „Rassismus“-Thematisierungen als Beweismittel für die HIER rechtskonformen, sachlich und fachlich begründeten Eingaben und Beantragungen des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, genommen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass daraufhin anschließend das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 9/22 am 17.08.2022 schriftlich verfahrensrelevant aktenkundig mitteilt, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH das konkrete Einreichen von konkret beantragten NS-Verfahren per Fax dem Beschwerdeführer HIER nötigend untersagt. UND DIES wegen AG MOS-amtsseitiger zugeschriebener ANGEBLICH nicht vorhandener Eilbedürftigkeit begründet. Das AMTSGERICHT MOSBACH missachtet HIERBEI gezielt das KONKRETE hohe Alter noch lebender NS-Täter*innen, INSBESONDERE auch bzgl. NS-Verbrechen und NS-Unrecht im Neckar-Odenwaldkreis aus Kapitel 1, das ABER die EILBEDÜRFTIGKEIT KONKRET NACHWEISBAR begründet. Das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH missachtet, verleugnet und verschweigt HIERBEI gezielt die in 2022, 2023 und 2024 laufenden NS-Prozesse des 21. Jahrhunderts. Beispielsweise: Die Verurteilung eines KZ-Wachmannes in 2022 durch das Landgericht Neuruppin wegen Beihilfe zum NS-Massenmord. Die Verurteilung einer 97-jährigen KZ-Sekretärin in 2022 durch das Landgericht Itzehoe wegen Beihilfe zum NS-Massenmord. Die o.g. Verurteilung der mittlerweile 99-jährigen Zivilangestellten KZ-Sekretärin durch den Bundesgerichtshof am 20.08.2024 wegen Beteiligung am NS-Massenmord. HIERZU verweigert das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE bisher jegliche konkrete Stellungnahme und Erläuterung zur diesbzgl. Verfahrensführung seiner Vorinstanz AG MOS. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgerechten Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung eindeutig mit zweitinstanzlicher Zurückweisung an das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH klar zu stellen, dass das hohe Alter noch lebender NS-Täter*innen angesichts der NS-Prozesse im 21. Jahrhundert, auch in 2022, 2023 und 2024 DEFINITIV eine EILBEDÜRFTIGKEIT beantragter NS-Verfahren begründet. Und dies INSBESONDERE im eigenen Zuständigkeitsbereich des Neckar-Odenwaldkreises !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.4 Zurückweisung des Amtsseitigen Anlegens von sogenannten Sonderbänden für die Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus

Gemäß der Thematisierung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 begründet das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH die ABR-eA-Entscheidung unter 6F 211/21 vom 23.12.2021 mit Bezugnahme auf die wahrheitswidrigen KM-Rassismus-Unterstellungen einer angeblichen „modernen Versklavung“ in einem Kinderdorfhaus gegenüber dem Beschwerdeführer, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie zu persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers führen. Das OLG UNTERLÄSST HIER seinerseits diese konkreten Sachverhalte und Sach-Zusammenhänge zu thematisieren. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, bzgl. der konkreten nachweisbaren aktenkundigen Sachverhalte, dass das AMTSGERICHT MOSBACH in seiner vorinstanzlichen Verfahrensführung die konkreten wiederholten Eingaben und Beantragungen SOWOHL KM-seitig ALS AUCH KV-seitig sowie RA-seitig unter 6F 211/21 bzw. 6F 202/21 bzgl. Zeugenladungen und Zeugenvernehmungen vor Gericht unter Wahrheitspflicht und Erklärungspflicht über Tatsachen im anhängigen Verfahrenskomplex missachtet und ignoriert, d.h. HIER amtsseitig EXPLIZIT verweigert hat. UND ZWAR, um diese Zeugenaussagen aus den eidesstaatlichen Versicherungen in den KM-seitigen Eingaben mit „Rassismus“-Unterstellungen gegenüber dem Beschwerdeführer ENTGEGEN einer ordnungsgemäßen Sachverhaltsermittlung und -prüfung in einer gerichtlichen Anhörung unter Wahrheitspflicht und Erklärungspflicht über Tatsachen HIER EXPLIZIT NICHT zu ermitteln und NICHT zu überprüfen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und aus der eigenen Erfahrung in seinen diesbzgl. Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass daraufhin anschließend das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 9/22 am 17.08.202 schriftlich verfahrensrelevant aktenkundig mitteilt, dass das AMTSGERICHT MOSBACH die Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus aus Kapitel 1 und Kapitel 2 separiert und getrennt von der Akte in Sonderbänden unter der Prämisse von amtsseitigen Nicht-Bearbeitungen der BS-Eingaben und Beschwerden aus Kapitel 4.1.3.1, 4.1.3.1.2, 4.1.3.3 anlegen wird. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen

Beschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, zu Rechtsextremismus und zu Rassismus mit dem „lediglichen“ Verschieben in AG-MOS-amtseitiges Anlegen von Sonderbänden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eindeutiger zweitinstanzlicher Klarstellung der Unzulässigkeit an das AMTSGERICHT MOSBACH zurückzuweisen. !!!

!!! HIERMIT werden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgemäßen Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung mehrere Verhandlungstage anzusetzen für die Besprechungen der im anhängigen Verfahrenskomplex vom Beschwerdeführer beantragten juristischen Aufarbeitungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, sowie von der mangelhaften Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsjustiz von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE durch die Mosbacher Justiz. !!!

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.5 Zurückweisung der KM-Eingabe vom 22.06.2022 unter 6F 202/21 zur beim AMTSGERICHT MOSBACH angeregten psychiatrischen Begutachtung des Beschwerdeführers hinsichtlich Verfahrensmanipulation und Rufschädigung

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, zu den manipulativen Verfahrensbeeinflussungen seitens der KM hinsichtlich der verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV im anhängigen Verfahrenskomplex bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie verfahrensinternen als auch zu außergerichtlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers.

UND ZWAR KONKRET nachdem das gerichtlich beauftragte familienpsychologische Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 sich für den perspektivischen Verbleib des damals anderthalb Jahre alten Kindes beim KV und BS ausgesprochen hatte. Die KM unterstellt im Zivilprozess dem HIER geschädigten KV, Nazi-Jäger und Beschwerdeführer wahrheitswidrig (Vgl. Gutachten des Klinikums Weinsberg vom 23.08.2023 unter 6F 202/21) eine angebliche psychische KV-Erkrankung und damit einhergehende angebliche KV-Erziehungsunfähigkeit konkret im anhängigen Verfahrenskomplex am 22.06.2022 unter 6F 202/21 und regt HIER am 22.06.2022 unter 6F 202/21 eine psychiatrische Begutachtung des KV und Beschwerdeführers an ...

... .. (a) mit konkreter Bezugnahme HIER auf die konkrete KV-NS-Eingabe des

Beschwerdeführers vom 03.06.2022 zur seinerseits beantragten juristischen Aufarbeitung von nationalsozialistisch-rechtsextremistisch-orientierten Umsturzversuchen vor 1933 und nach 1945, d.h. auch in 2022 aus dem Reichsbürgermilieu aus Kapitel 1 und Kapitel 2 sowie

... .. (b) mit konkreter Bezugnahme HIER auf die konkrete KV-NS-Eingabe des Beschwerdeführers vom 09.06.2022 zur seinerseits beantragten juristischen Aufarbeitung von NS-Euthanasie und NS-Zwangssterilisierungen; d.h. HIER in der Folge auch zu seinerseits beantragten Einzelfallprüfungen für die konkreten Aufhebungen der NS-Rechtsprechungen zu NS-Euthanasie und NS-Zwangssterilisierungen beim AMTSGERICHT MOSBACH selbst in der eigenen NS-Vergangenheitsbewältigung der Mosbacher NS-Justiz 1933 bis 1945, die ABER als Bestandteil der AG MOS-amtsseitig angelegten KV-Eingaben-Sonderbände zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus in Kapitel 1 und Kapitel 2 separiert von den Familienrechtsverfahren getrennt in Kapitel 4.1.3.4 verschoben worden sind. UND die in der eigenen institutionellen NS-Vergangenheitsbewältigung am Amtsgericht Mosbach BIS HEUTE IMMER NOCH NICHT ordnungsgemäß bearbeitet worden sind. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die HIER gezielten KM-seitigen sowohl verfahrensinternen (auch in 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE 16 UF 62/24) als auch außergerichtlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers vom 22.06.2022 unter 6F 202/21 mit der KM-seitigen wahrheitswidrigen Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers als ANGEBLICH psychisch krank mit der zweitinstanzlichen Begründung für die Verwirkung von KM-Unterhaltsansprüchen zurückzuweisen. UND DIES ZUDEM mit der HIER unzulässigen KM-seitigen Bezugnahme auf die konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, zu Rechtsextremismus und zu Rassismus im anhängigen Verfahrenskomplex beim AMTSGERICHT MOSBACH !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.5.1 Zurückweisung der Amtsseitigen Tolerierung der KM-Seitigen wahrheitswidrigen Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers als angeblich psychisch krank unter Bezugnahme auf die amtsseitig separiert angelegten Sonderbände zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER EINERSEITS zur konkreten Benachteiligung des Beschwerdeführers die KM-Seitigen wahrheitswidrige Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers als angeblich psychisch krank im anhängigen Verfahrenskomplex am 22.06.2022 unter 6F 202/21 NICHT zurückweist, sondern toleriert. UND ZWAR HIER ANDERERSEITS unter konkreter Bezugnahme auf die JEDOCH amtsseitig von den Familienrechtsverfahren separiert angelegten Sonderbänden bzgl. der BS-Eingaben und Beschwerden zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und

Rassismus in Kapitel 4.1.3.4 und Kapitel 4.1.3.5. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER zur konkreten Benachteiligung des Beschwerdeführers eine nachweisbare aktenkundige willkürliche Verfahrensführung durchführt. EINERSEITS weist das AMTSGERICHT MOSBACH HIER die KM-Seitige wahrheitswidrige Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers als angeblich psychisch krank amtsseitig EXPLIZIT NICHT ZURÜCK. ANDERERSEITS LÄSST HIER ABER das AMTSGERICHT MOSBACH GLEICHZEITIG die KM-seitige Bezugnahme EXPLIZIT ZU auf die selbst eigens amtsseitig von den Familienrechtsverfahren separiert angelegten Sonderbänden bzgl. der BS-Eingaben und Beschwerden zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus als Begründung für die KM-seitige wahrheitswidrige Diskreditierung und Diffamierung gegenüber dem Beschwerdeführer als ANGEBLICH psychisch krank. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die willkürliche Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eindeutiger zweitinstanzlicher Klarstellung der Unzulässigkeit an das AMTSGERICHT MOSBACH zurückzuweisen. UND DIES weil das AMTSGERICHT MOSBACH die KM-seitigen wahrheitswidrigen verfahrensinternen als auch außergerichtlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers vom 22.06.2022 unter 6F 202/21 als angeblich psychisch krank HIER EINERSEITS NICHT amtsseitig zurückweist, DANN ABER ANDERERSEITS GLEICHZEITIG deren KM-seitige Begründung auf die selbst amtsseitig von den Familienrechtsverfahren separiert angelegten Sonderbänden bzgl. der BS-Eingaben und Beschwerden zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus für die HIER vorliegende KM-seitige wahrheitswidrige Diskreditierung und Diffamierung gegenüber dem Beschwerdeführer amtsseitig zulässt. !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.5.2 Zurückweisung der Amtsseitigen Generierung überlanger Verfahrensdauer in Kindschaftssachen auf Grund von KM-seitigen wahrheitswidrigen diskreditierenden und diffamierenden Unterstellungen

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER nach der amtsseitigen willkürlichen Verfahrensführung unter Kapitel 4.1.3.5.1 zur konkreten Benachteiligung des Beschwerdeführers die KM-Seitige wahrheitswidrige Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers als angeblich psychisch krank im anhängigen Verfahrenskomplex am 22.06.2022 unter 6F 202/21 ZUNÄCHST zulässt und DANN der KM-seitigen

Anregung am 22.06.2022 unter 6F 202/21 für eine psychiatrischen Begutachtung des KV und Beschwerdeführers folgt. UND ZWAR KONKRET nachdem das gerichtlich beauftragte familienpsychologische Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 sich für den perspektivischen Verbleib des damals anderthalb Jahre alten Kindes beim KV und BS ausgesprochen hatte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHIER GLEICHZEITIG EXPLIZIT willkürlich NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER seit November 2021 im anhängigen Verfahrenskomplex NACHWEISBAR AKTENKUNDIG überlange Verfahrensdauer in Kindschaftssachen ENTGEGEN dem Beschleunigungsgebot bis Sommer 2024 durchführt, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. UND ZWAR ausgehend von der o.g. KM-seitigen Anregung am 22.06.2022 unter 6F 202/21 für eine psychiatrischen Begutachtung des KV und Beschwerdeführers. UND DIES bei dem HIER o.g. betroffenen geistig behinderten Kind (frühkindlicher Autismus) und dem HIER um einen 30% GdB körperbehinderten KV. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt HIER unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 auf Seite 1 in Absatz 4 EINERSEITS die verfahrensrelevante und entscheidungserhebliche Thematisierung der KV-Beantragung von KM-Unterhaltsanspruchsverwirkung auf Grund von langfristigen KM-seitigen Umgangsverweigerungen mit dem o.g. gemeinsamen Kind auf Seite 1 Absatz 1: *„Vorliegend hat der Umgang zum Antragsgegner im Verlauf der hochstrittigen Kindschaftsverfahren jedoch lediglich für 11 Monate nicht stattgefunden.“*

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHIER GLEICHZEITIG EXPLIZIT willkürlich NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER während der o.g. amtsseitigen Generierung von überlanger Verfahrensdauer in Kindschaftssachen ENTGEGEN dem Beschleunigungsgebot dabei GLEICHZEITIG WEDER die Sicherstellung und Durchsetzung des Umgangsrechts durchführt NOCH die Verletzung der vom OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 benannten „lediglich 11 Monate“ langen Umgangsverweigerung juristisch ahndet. UND DIES bei dem HIER o.g. betroffenen geistig behinderten Kind (frühkindlicher Autismus) und dem HIER um einen 30% GdB körperbehinderten KV. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die willkürliche Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eindeutiger zweitinstanzlicher Klarstellung der Unzulässigkeit an das AMTSGERICHT

MOSBACH zurückzuweisen. UND DIES bzgl. der AG MOS-amtsseitigen Generierung von überlanger Verfahrensdauer in Kindschaftssachen mit ca. drei Jahren ENTGEGEN dem Beschleunigungsgebot bei GLEICHZEITIGER amtsseitiger Verweigerung einer Sicherstellung und Durchsetzung des Umgangsrechts sowie amtsseitiger Verweigerung einer juristischen Ahndung der Verletzung der vom OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 13.08.2024 unter 16 UF 62/24 benannten „lediglich 11 Monate“ langen Umgangsverweigerung bei einem geistig-behinderten Kind und einem körperbehinderten Vater. !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.5.3 Zurückweisung der Amtsseitigen Verweigerung einer gerichtlich beauftragten psychiatrischen Begutachtung der KM

Das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH leitet HIER amtsseitig NUR SELEKTIV und WILLKÜRLICH vereinzelte Beschwerdeführer-Eingaben aus anderen assoziierten Verfahren des anhängigen Verfahrenskomplexes, die ebenfalls NACHWEISBAR auch mit der AKTENZEICHENKENNZEICHNUNG 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE versehen sind, an das zweitinstanzliche OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 weiter. HIER AUCH INSBESONDERE bzgl. der Beschwerdeführer-Thematisierungen o.g. konkreter verfahrensrelevanter und entscheidungserheblicher Sachverhalte. HIER zur gezielten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabenkopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

Diese o.g. selektive willkürliche Weiterleitung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH der BS-Eingaben mit der AKTENZEICHENKENNZEICHNUNG 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE betreffen ENTGEGEN der OLG KA-Aussage vom 22.08.2024 16 UF 62/24 HIER AUCH konkret die BS-Eingaben sowohl vom 16.07.2024 als auch vom 06.06.2024 unter 6F 9/22 sowie 6F 202/21 und 6F 2/22 mit dem BS-Antrag zur gerichtlich beauftragten psychiatrischen Begutachtung der KM ...

... .. wegen KM-seitigen Aufforderungen zum amtsseitigen Verschweigen, Verleugnen und Verharmlosen von NATIONALSOZIALISTISCHEN Verbrechen, insbesondere von konkreten Tatbeteiligungen an NS-Massenmordverbrechen in Mosbach und Baden sowie von den diesbzgl. KV-beantragten juristischen Aufarbeitungen (Vgl. Amtsseitige KV-Sonderbände zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus)

... .. wegen KM-seitigen wahrheitswidrigen und rechtswidrigen Rassismus- und Nazi-Unterstellungen gegenüber dem KV und Nazi-Jäger

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT willkürlich NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass vor dem Hintergrund der gerichtsbekanntenen konkreten psychischen Erkrankungsvorgeschichte der KM, die o.g. KM HIER aber am 22.06.2022 unter 6F 202/21 ausgehend von den o.g. wahrheitswidrigen rufschädigenden Unterstellungen im Zivilprozess unter konkreter Bezugnahme auf die KV-BS-seitig beantragten juristischen NS-Aufarbeitungen in Kapitel 1 eine psychiatrische Begutachtung des KV und Beschwerdeführers

in Kapitel 4.1.3.5 anregt. HIER lenkt die KM in einem manipulativen verfahrensstrategischen KV-rufschädigendem Manöver von den ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten der bestehenden psychischen eigenen KM-Erkrankungsgeschichte ab mit Medikamentierungen von Sertralin (Antidepressiva) und Quetiapin (Neuroleptikum) sowie mit psychotherapeutischer Behandlung während und nach der Schwangerschaft ab, u.a. thematisiert im gerichtlich beauftragten familienpsychologischen Sachverständigen-Gutachten vom 07.04.2022 mit Anhängen, in den KV-Eingaben und KV-RA-Eingaben, um damit eine psychiatrische Begutachtung der KM ausgehend von o.g. konkreten Hinweisen und Sachverhalten möglichst zu verhindern. Das Ergänzungsgutachten vom 21.02.2024 unter 6F 202/21 spricht zudem erneut u.a. Traumatisierungen der KM und deren mangelnde Bindungstoleranz an. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISH ER GLEICHZEITIG EXPLIZIT willkürlich NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH die gerichtsbekannte und aktenkundige psychische KM-Erkrankungsgeschichte mit Psychopharmaka-Medikamentierungen sowie mit psychotherapeutischer Behandlung HIER amtsseitig ignoriert und KEINE psychiatrische Begutachtung der KM gerichtlich beauftragt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabenkopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISH ER GLEICHZEITIG EXPLIZIT willkürlich NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor zu den interessensgeleiteten verfahrensstrategischen verfahrensmanipulativen KM-Absichten HINSICHTLICH der Benachteiligung des Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA). Die KM verfolgt HIER dabei folgende interessensgeleitete verfahrensstrategische Absichten im anhängigen Verfahrenskomplex seit 2021:

... (a) ... zur verfahrensstrategischen inhaltlichen Beeinflussung von Sorgerechtsverfahren und assoziierter Verfahren zum Nachteil des HIER o.g. geschädigten KV und BS mit dessen gezielter auch beleidigender Diskreditierung und Herabwürdigung mit übler Nachrede, HIER zunächst in der Teilöffentlichkeit der Gerichtsverfahren im anhängigen Verfahrenskomplex, ... (b) ... zur HIER gezielten öffentlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigung des o.g. KV und BS in seinem privaten Umfeld sowie in seinen beruflichen Wirkungsfeldern mit wahrheitswidrigen Unterstellungen und Falschaussagen im Zivilprozess und außerhalb der gerichtlichen Verfahren.

... (c) ... zur HIER gezielten manipulativen Beeinflussung der AG MOS-amtsseitigen Verfahrensführung bei den KV-Nazi-Jäger-Eingaben in den amtsseitig angelegten Sonderbänden in Kapitel 1 und Kapitel 2. UND ZWAR mit Aufforderungen der KM zum amtsseitigen Verschweigen, Verleugnen und Verharmlosen von NATIONALSOZIALISTISCHEN Verbrechen, von rechtsextremistischen, demokratiefeindlichen und rassistischen Bestrebungen in Deutschland, völkischen Ideologien der Neuen Rechten, gegen die der HIER geschädigte KV sich NACHWEISBAR unter Kapitel 1 und Kapitel 2 wendet. INSBESONDERE ABER AUCH zu diversen vom KV angezeigten KONKRETEN Tatbeteiligungskomplexen an NS-Massenmordverbrechen in der Region Mosbach-Baden. In Deutschland ist es seit dem Demjanjuk-Urteil in 2011 und seit dem Gröning-Urteil von 2016 zulässig, Personen, die in einem NS-Lager geholfen haben, als Mittäter*innen der dortigen Morde anzuklagen, ohne direkte Beweise für ihre Beteiligung an einem bestimmten Mord. Die Anklage wegen Mordes und Beihilfe zum Mord unterliegt nach deutschem Recht keiner Verjährung. HIERBEI hat der KV und BS in 2008 seinerseits an der KONKRETEN strafrechtlichen Verfolgung des KZ-Wächters Demjanjuk und

dessen Auslieferungsverfahren aus den USA in die BRD selbst NACHWEISBAR teilgenommen. Die KM strebt HIER damit an, dass VOR DEM HINTERGRUND der u.a. seit 2021 noch laufenden KONKRETEN NS-Prozesse des 21. Jahrhunderts das Amtsgericht Mosbach dahingehend zu instrumentalisieren, um sowohl NS-Prozesse als auch Prozesse zu Rechtsextremismus, INSBESONDERE mit Zuständigkeitsbezug in Mosbach und Baden für KONKRETE Tatbeteiligungen an NS-Massenmordverbrechen und an rechtsextremistische Verbrechen, ausgehend vom Amtsgericht Mosbach KONKRET vermeiden zu lassen. Mit ihren Aufforderungen und Anweisungen beantragt HIER die KM KONKRET beim Amtsgericht Mosbach am 22.06.2022 unter 6F 202/21 und am 12.11.2023 unter 6F 228/23, die GERICHTSBEKANNTEN NACHWEISBAREN Nazi-Jäger-Eingaben des KV seit 03.06.2022 im anhängigen Verfahrenskomplex unter Kapitel 1 und Kapitel 2 als KV-seitige „monologische“ Spinnerei, im Nazi-Jargon als „Geisteskrank“ und als „Schwachsinn“ in Kapitel 1 beim Amtsgericht Mosbach abzutun und diese DAHER amtsseitig beim vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH EXPLIZIT NICHT zu benennen und amtsseitig EXPLIZIT NICHT zu bearbeiten.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die willkürliche Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eindeutiger zweitinstanzlicher Klarstellung der Unzulässigkeit an das AMTSGERICHT MOSBACH zurückzuweisen mit der zweitinstanzlichen Beauftragung einer vorinstanzlichen amtsseitigen gerichtlich beauftragen psychiatrischen Begutachtung der KM !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.6 Zurückweisung der Amtsseitigen Verfügungen vom 17.08.2022 unter 6F 202/21 und 6F 9/22

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH willkürlich in Kapitel 4.1.3.5 der KM-seitigen Anregung einer psychiatrischen Begutachtung am 22.06.2022 unter 6F 202/21 folgt, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 9/22 und 6F 202/21 am 17.08.202 gegen den Beschwerdeführer Verfügungen erlässt hinsichtlich seiner amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung sowie zudem auch hinsichtlich seiner außergerichtlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigung nachdem der Beschwerdeführer NACHWEISBAR AKTENKUNDIG ...

... .. a) seit Sommer 2022 NS-, Rechtsextremismus- und Rassismus-Verfahren beim Amtsgericht Mosbach zur juristischen Aufarbeitung beantragt unter Kapitel 1 und Kapitel 2 ,
... .. b) das Amtsgericht Mosbach diese dann NICHT ordnungsgemäß bearbeitet, was der Beschwerdeführer dann verfahrensintern sowie öffentlich kritisiert,
... .. c) woraufhin der Antragsteller konsequenterweise dementsprechende Dienstaufsichtsbeschwerden und Anhörungsrügen gegen den fallverantwortlichen Spruchkörper beim Amtsgericht Mosbach als in 2022 verfügbare Rechts- und Beschwerdemittel des Bürgers im demokratischen Rechtsstaat der BRD einlegt.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHIER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass daraufhin anschließend das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH ...

... .. d) dann aber die gerichtsbekannte und aktenkundige psychische KM-Erkrankungsgeschichte mit Psychopharmaka-Medikamentierungen sowie mit psychotherapeutischer Behandlung HIER amtsseitig ignoriert und KEINE psychiatrische Begutachtung der KM gerichtlich beauftragt,

... .. e) dann aber amtsseitig am 22.06.2022 unter 6F 202/21 den KM-seitigen o.g. wahrheitswidrigen rufschädigenden Unterstellungen im Zivilprozess einer angeblichen psychischen Erkrankung des Beschwerdeführers unter konkreter KM-Bezugnahme auf die KV-BS-seitig beantragten juristischen NS-Aufarbeitungen in Kapitel 1 folgt,

... .. f) und zudem der KM-seitigen Anregung einer gerichtlich beauftragten psychiatrischen Begutachtung des KV und Beschwerdeführers folgt,

... .. g) was dann aber zudem amtsseitig eine überlange Verfahrensdauer in Kindschaftssachen ENTGEGEN dem Beschleunigungsgebot von November 2021 bis Sommer 2024 mit der Benachteiligung von geistig-behindertem Kind und körperbehindertem Vater generiert.

Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE kündigt HIER unter 16 UF 62/24 ABER ANDERERSEITS BISHIER HIER ZUDEM an, eine ordnungsgemäße vollumfassende und vollständige Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsprüfung zu o.g. Verfahrensführungen des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH NICHT vornehmen zu wollen. UND ZWAR HINSICHTLICH der amtsseitigen Fortführung einer kontinuierlichen inhaltlichen und prozessualen Verfahrensbenachteiligung des Beschwerdeführers im o.g. anhängigen Verfahrenskomplex. UND DIES INSBESONDERE auch zum Nachteil des Beschwerdeführers HIER in den Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA). Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Sowohl das Amtsgericht Mosbach als auch das Oberlandesgericht Karlsruhe verfolgen seit 2021 HIER vor dem Hintergrund von Kapitel 1 und 2 eine nötige Doppelstrategie mit einer kontinuierlichen inhaltlichen und prozessualen Verfahrensbenachteiligung des Beschwerdeführers im o.g. anhängigen Verfahrenskomplex EINERSEITS und den Verfahrenskostenauflegungen sowie weiteren finanziellen Schädigungen ANDERERSEITS gegenüber dem KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer ENTGEGEN Art. 5 GG, damit der HIER geschädigte KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer unter der HIER vorliegend amtsseitig eingeforderten Handlung, Duldung und

Unterlassung, u.a. am 13.06.2024 unter 6F 9/22 AMTSGERICHT MOSBACH sowie unter 16 UF 62/24 OLG KA-Verfügungen vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024, von seinen o.g. Eingaben an und Beschwerden gegen das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus ablassen solle. Aus diesem Grund kündigt HIER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 BISHER ZUDEM an, eine ordnungsgemäße vollumfassende und vollständige Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsprüfung zu o.g. Verfahrensführungen zu verweigern mit mindestens DREI MÖGLICHEN REPRESSIVEN ANTI-DEMOKRATISCHEN VERHALTENSINTERPRETATIONEN in der Akten- und Verfahrensanalyse mit ...

... OPTION a) In einer Art VERGELTUNGSREAKTION könnte hier der fallverantwortliche Spruchkörper beim Familiengericht-Amtsgericht Mosbach eine Diagnose zu einer gestörten psychischen Gesundheit und eingeschränkten Erziehungsfähigkeit des Antragstellers veranlassen wollen, weil dieser unmittelbar zuvor sowohl Verfahren zu NS-Verbrechen, insbesondere auch in Mosbach, Neckar-Odenwaldkreis, als auch zusätzlich anschließend diesbezügliche Dienstaufsichtsbeschwerden und Anhörungsprüfungen gegen eben diesen fallverantwortlichen Spruchkörper beim Amtsgericht Mosbach wegen NICHT-ordnungsgemäßer amtseitiger Bearbeitung veranlasst hat. !!!

... OPTION b) In einer Art EIGENENTLASTUNGSREAKTION könnte hier der fallverantwortliche Spruchkörper beim Familiengericht-Amtsgericht Mosbach mit einer amtseitig gewünschten gutachterlichen Diagnose zu einer angeblichen psychischen Persönlichkeitsstörung des Antragstellers veranlassen wollen, dessen tatsächlich initiierte NS- und Rechtsextremismus und Rassismus-Verfahren beim Amtsgericht Mosbach gezielt diskreditieren bzw. auflösen zu lassen.

... OPTION c) In einer Art ERPRESSUNGSREAKTION könnte hier der fallverantwortliche Spruchkörper beim Familiengericht-Amtsgericht Mosbach eine Diagnose zu einer gestörten psychischen Gesundheit und eingeschränkten Erziehungsfähigkeit des Antragstellers veranlassen wollen, um damit zu erwirken, dass der Antragsteller von NS-Verfahren in seinen beim Amtsgericht Mosbach bereits anhängigen persönlichen Sorgerechtsverfahren beim selben fallverantwortlichen Spruchkörper beim Familiengericht Mosbach weiterhin oder künftig sogar um so mehr benachteiligt und geschädigt werden soll.

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.6.1 Begründung der Amtsseitigen Verfügungen vom 17.08.2022 unter 6F 202/21 und 6F 9/22 mit amtseitiger Verknüpfung von NS-, Rechtsextremismus- und Rassismus-Verfahren mit Familienrechtsverfahren

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar EINERSEITS im anhängigen Verfahrenskomplex selbst amtseitig die verfahrensinhaltliche Verknüpfung VON SOWOHL BS-initiierten NS-, Rechtsextremismus- und Rassismusverfahren ALS AUCH MIT Familienrechtsverfahren gleichzeitig mit der gerichtlichen Beauftragung der familienpsychologischen Gutachterin aus Kitzingen in seinen Verfügungen unter 6F 202/21 und 6F 9/22 amtseitig am 17.08.2022 selbst vorgenommen hat. UND ZWAR WÄHREND das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH selbst HIER ABER nachweisbar im anhängigen Verfahrenskomplex unter AMTSGERICHT MOSBACH 6F 9/22 am 17.08.202 schriftlich

verfahrensrelevant aktenkundig mitteilt, dass das AMTSGERICHT MOSBACH die Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus aus Kapitel 1 und Kapitel 2 separiert und getrennt von der Familienrechtsverfahren-Akte in Sonderbänden anlegen wird. Das AMTSGERICHT MOSBACH handelt HIER nachweisbar willkürlich zur gezielten verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers, INDEM das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER EINERSEITS die Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus mit seiner amtsseitigen Bewertung als „Verfahrensfremd“ und „NICHT-verfahrenrelevant“ bewerten will und daher diese in Sonderbänden amtsseitig separiert, WÄHREND das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER ABER GLEICHZEITIG die in separierten Sonderbänden amtsseitig angelegten Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus mit seiner amtsseitigen Bewertung als „verfahrenserheblich“ und „verfahrensrelevant“ bewerten will und daher diese dann HIER als eigene amtsseitige Begründung für eine gerichtlich beauftragte psychiatrische Begutachtung des Beschwerdeführers anführt. Gemäß den willkürlichen Verfahrensführungen und Aussagen des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH sind die Beschwerdeführer-Eingaben zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus HIER demnach GLEICHZEITIG SOWOHL „Verfahrensfremd“ und „NICHT-verfahrenrelevant“ ALS AUCH „verfahrenserheblich“ und „verfahrensrelevant“ in den anhängigen Familienrechtsverfahren. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE kündigt HIER am 13.08. und 22.08.2024 DAZU unter 16 UF 62/24 an, das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach in seiner diesbzgl. Verfahrensführung in KEINSTER WEISE kritisieren zu wollen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.6.1.1 Zurückweisung der Amtsseitigen Verwendung von Rechtswidriger Presse- und Medienberichterstattung

Das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH leitet HIER amtsseitig NUR SELEKTIV und WILLKÜRLICH vereinzelte Beschwerdeführer-Eingaben aus anderen assoziierten Verfahren des anhängigen Verfahrenskomplexes, die ebenfalls NACHWEISBAR auch mit der AKTENZEICHENKENNZEICHNUNG 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE versehen sind, an das zweitinstanzliche OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 weiter. HIER AUCH INSBESONDERE bzgl. der Beschwerdeführer-Thematisierungen o.g. konkreter verfahrensrelevanter und entscheidungserheblicher Sachverhalte. HIER zur gezielten amtsseitigen verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligung des Beschwerdeführers. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen. U.a. unter 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE am 20.08. und 22.08.2024.

Dies betrifft HIER die BS-Eingabe vom 18.03.2024 als KV-BEWEISANTRÄGE unter 6F 202/21 sowie 6F 9/22, 6F 2/22, u.a. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar Rechtswidrige (Nennung von Klarnamen, Recht auf Re-Sozialisation

eines Verurteilten) Presse- und Medienberichterstattung mit KONKRETER Bezugnahme auf einen einzigen 14 Jahre alten Online-Artikel aus 2008 am 17.08.2022 unter 6F 202/21 verwendet u.a. zur amtsseitigen Begründung der beim Amtsgericht Mosbach KM-seitig am 22.06.2022 angeregten psychiatrischen Begutachtung des KV und BS. Gemäß dieses Online-Artikels soll der Beschwerdeführer vor 14 Jahren in 2008 im sachlichen Zusammenhang von Meinungs- und Rechtsstreit beim Kampf ums Recht u.a. wegen Richterbeleidigungen mit Nazi-Betitelungen verurteilt worden sein, Verfahrensführungen in Familienrechtsverfahren mit überlangen Verfahrensdauern sowie die konkrete NS-Vergangenheitsbewältigung und die juristische Aufarbeitung von NS- Unrecht und NS-Verbrechen, auch von NS-Justizverbrechen, sowohl öffentlich als auch in konkreten gerichtlichen Verfahren kritisiert haben. ABER AUCH ANGEBLICH psychisch krank sein. In diesem vor 14 Jahren aus 2008 veröffentlichten Zeitungsartikel und vom Amtsgericht Mosbach 14 Jahre später in 2022 am 17.08.2022 unter 6F 202/21 verwendeten Zeitungsartikels ist auch keine Sicherstellung einer Ausgewogenheit vorhanden, die darin besteht, vor der Veröffentlichung eine unmittelbare Stellungnahme des Betroffenen einzuholen. Sollte es nach der ersten Instanz zu einem Schuldspruch kommen, darf die Presse ggf. zwar einerseits identifizierend berichten, wenn an der Tat und der Identität des Verurteilten ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Nach der Verurteilung jedoch überwiegt aber andererseits das Persönlichkeitsrecht des Verurteilten mit zunehmendem zeitlichen Abstand der Gesichtspunkt der Resozialisierung, was hier im vorliegenden Fall über den Zeitraum von 14 Jahren eindeutig gegeben ist. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH mit dessen Amtsseitigen Verweigerung der Wiederaufnahme der konkreten gerichtlichen Verfahren aus 2008, die das AMTSGERICHT MOSBACH aber selbst nachweisbar in der amtsseitig verwendeten Rechtswidrigen (Nennung von Klarnamen, Recht auf Re-Sozialisation eines Verurteilten) Presse- und Medienberichterstattung mit KONKRETER Bezugnahme auf einen einzigen 14 Jahre alten Online-Artikel aus 2008 am 17.08.2022 unter 6F 202/21 zitiert hat, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. diesbzgl. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET durchzuführen. !!!

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHIER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass im anhängigen Verfahrenskomplex seit 2021 es JEDOCH GERICHTSBEKANNT NACHWEISBAR AKTENKUNDIG KEINERLEI Beleidigungen seitens des KV und Beschwerdeführers gegen Verfahrensbeteiligte und außenstehende Personen und Institutionen gibt. Im anhängigen Verfahrenskomplex seit 2021 gibt es JEDOCH GERICHTSBEKANNT NACHWEISBAR KONTINUIERLICH demokratisch, grundgesetzlich und höchstichterlich legitimierte KV-BS-seitige Behörden- und Justizkritik. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHIER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass im anhängigen Verfahrenskomplex seit 2021 JEDOCH GERICHTSBEKANNT NACHWEISBAR AKTENKUNDIG das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH verweigert, HIER KV-BS-beantragte weitere diesbzgl. Rechtsgutachten amtsseitig vom Amtsgericht Mosbach zu verfügen, einzuholen zu folgenden Sachverhalten: Neuere Rechtsprechung zu Nazi-Vergleichen im

Kontext von freier Meinungsäußerung, Beeinträchtigung der Ehre von Richtern, Meinungsstreit im Kampf ums Recht zur Durchsetzung legitimer prozessualer Rechte, wie u.a. das Beispiel des zulässigen Vergleiches von Arbeitsmethoden des Nazi-Blutrichters und Nazi-Volksgerichtshofpräsidenten Roland-Freisler mit denen von heutigen BRD-Richtern: siehe u.a. auch OLG München, Beschluss v. 31.05.2017 – OLG 13 Ss 81/17 zum Recht des Bürgers, Maßnahmen der öffentlichen Gewalt auch mit drastischen Worten und überpointierter Kritik zu kritisieren, die sich nicht gegen ihre Person oder Ehre, sondern vielmehr gegen getroffene behördliche und gerichtliche Entscheidungen selbst und die Rechtslage als solche richten. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH mit dessen Amtsseitigen Verweigerung bzgl. der KV-BS-beantragten Rechtsgutachten, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. diesbzgl. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET durchzuführen. UND ZWAR zu folgenden Sachverhalten: Rechtsprechung zu Nazi-Vergleichen im Kontext von freier Meinungsäußerung; zu Beeinträchtigung der Ehre von Richtern; zum Meinungsstreit im Kampf ums Recht zur Durchsetzung legitimer prozessualer Rechte; zum Recht des Bürgers, Maßnahmen der öffentlichen Gewalt auch mit drastischen Worten und überpointierter Kritik zu kritisieren, die sich nicht gegen ihre Person oder Ehre, sondern vielmehr gegen getroffene behördliche und gerichtliche Entscheidungen selbst und die Rechtslage als solche richten. !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.6.2 Gerichtliche Aufträge an die familienpsychologische Sachverständige aus den Amtsseitigen Verfügungen vom 17.08.2022 unter 6F 202/21 und 6F 9/22

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH HIER zur konkreten Benachteiligung des Beschwerdeführers eine nachweisbare aktenkundige willkürliche Verfahrensführung durchführt bei der erneuten Beauftragung der Forensischen Sachverständigen für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen. UND ZWAR KONKRET nachdem das gerichtlich beauftragte familienpsychologische Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 sich für den perspektivischen Verbleib des damals anderthalb Jahre alten Kindes beim KV und BS ausgesprochen hatte. UND ZWAR in der Beglaubigten Abschrift des Amtsgerichts Mosbach am 17.08.2022 unter 6 F 202/21 in der Verfügung in Sachen wg. Elterl. Sorge (Ri). DABEI sollen EINERSEITS die konkreten Aufarbeitungsbemühungen in den Eingaben des Antragstellers und Beschwerdeführers zu NS-Unrecht und NS-Verbrechen aus dem Zeitraum um 2022 beim Amtsgericht Mosbach in Kapitel 1 gemäß dem Amtsgericht Mosbach in der Sache selbst „mit dem Verfahrensgegenstand Umgang und elterliche Sorge in KEINERLEI Zusammenhang stehen.“ ANDERERSEITS sollen aber gleichzeitig genau diese Eingaben des Antragstellers und Beschwerdeführers zu NS-Unrecht und NS-Verbrechen aus dem Zeitraum um 2022 beim Amtsgericht Mosbach als Anlass

und Begründung für eine Überprüfung der psychischen Gesundheit und der Erziehungsfähigkeit des Antragstellers und Beschwerdeführers von NS-Verfahren mit entsprechenden persönlichen Konsequenzen für die anhängigen Sorgerechtsverfahren dienen, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. UND ZWAR KONKRET nachdem das gerichtlich beauftragte familienpsychologische Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 sich für den perspektivischen Verbleib des damals anderthalb Jahre alten Kindes beim KV und BS ausgesprochen hatte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar Rechtswidrige (Nennung von Klarnamen, Recht auf Re-Sozialisation eines Verurteilten) Presse- und Medienberichterstattung mit KONKRETER Bezugnahme auf einen einzigen 14 Jahre alten Online-Artikel aus 2008 am 17.08.2022 unter 6F 202/21 in Kapitel 4.1.3.6.1 verwendet u.a. zur amtsseitigen Begründung der beim Amtsgericht Mosbach KM-seitig am 22.06.2022 angeregten psychiatrischen Begutachtung des KV und BS. UND ZWAR in der Abschrift des Amtsgerichts Familiengerichts Mosbach unter 6 F 202/21 am 17.08.2022 in Sachen wg. Elterl. Sorge (Ri) „*unter Einbeziehung des in der Anlage übersandten seitens des Gerichts von Amts wegen ermittelten Zeitungsartikels der Nordwestzeitung vom 23.04.2008*“ nachweisbar zur erneuten Beauftragung der Forensischen Sachverständigen für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen. UND ZWAR KONKRET nachdem das gerichtlich beauftragte familienpsychologische Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 sich für den perspektivischen Verbleib des damals anderthalb Jahre alten Kindes beim KV und BS ausgesprochen hatte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Verfahrensführung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH mit dessen Amtsseitigen Verweigerung der Wiederaufnahme der konkreten gerichtlichen Verfahren aus 2008, die das AMTSGERICHT MOSBACH aber selbst nachweisbar in der amtsseitig verwendeten Rechtswidrigen (Nennung von Klarnamen, Recht auf Re-Sozialisation eines Verurteilten) Presse- und Medienberichterstattung mit KONKRETER Bezugnahme auf einen einzigen 14 Jahre alten Online-Artikel aus 2008 am 17.08.2022 unter 6F 202/21 zitiert hat, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. diesbzgl. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET durchzuführen. !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar zur erneuten Beauftragung der Forensischen Sachverständigen für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen, die vom Beschwerdeführer beim Amtsgericht Mosbach initiierten NS- und Rechtsextremismus und Rassismus-Verfahren aus Kapitel 1 und Kapitel 2 HIER KONKRET exemplarisch anführt mit den Beispielen „vom 08.06.2022, 15.06.2022, 22.06.2022, 14.07.2022, 26.07.2022 und 03.08.2022 übersandten Schreiben des Vaters, eingegangen in den Verfahren 6 F 9/22“. UND ZWAR nachdem der Antragsteller beginnend im Sommer 2022 eine Reihe von Eingaben zur Aufklärung und juristischen Aufarbeitung von Nationalsozialistischem Unrecht und Nationalsozialistischen Verbrechen und Rechtsextremismus beim Amtsgericht Mosbach unter 6F 9/22 beantragt hat, verfügt sodann das Amtsgericht Mosbach HIER unter 6F 202/21 eine psychiatrische Begutachtung des Antragstellers von NS-Verfahren. UND ZWAR INSBESONDERE nachdem der Beschwerdeführer sowohl verfahrensintern als auch öffentlich die NICHT-ordnungsgemäße amtsseitige Bearbeitung seiner beantragten NS- und Rechtsextremismus- und Rassismus-Verfahren beim vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH kritisiert hatte. UND ZWAR nachdem das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH am 23.12.2021 unter 6F 211/21 die ABR-eA-Übertragung auf die KM amtsseitig mit deren wahrheitswidrigen Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess gegenüber dem Beschwerdeführer begründet, was DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT werden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgemäßen Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung mehrere Verhandlungstage anzusetzen für die Besprechungen der im anhängigen Verfahrenskomplex vom Beschwerdeführer beantragten juristischen Aufarbeitungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, sowie von der mangelhaften Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsjustiz von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE durch die Mosbacher Justiz. !!!

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHIER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH nachweisbar zur erneuten Beauftragung der Forensischen Sachverständigen für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen die vom Beschwerdeführer initiierte Öffentlichkeitsarbeit mit einer Website zur Dokumentation der Aufklärung und juristischen Aufarbeitung von Nationalsozialistischem Unrecht und Nationalsozialistischen Verbrechen, Rechtsextremismus und Rassismus u.a. auch im Neckar-Odenwaldkreis anführt. UND ZWAR in der Beglaubigten Abschrift des Amtsgerichts Mosbach vom 17.08.2022 unter 6 F 202/21 in der Verfügung in Sachen *** wg. Elterl. Sorge (Ri): „In Vorbereitung des für den 13.09.2022 anberaumten Termins, weist das Gericht darauf hin, dass es im Rahmen von Internetrecherchen aufgrund der wiederholten Freigabeerklärung zur Veröffentlichung der jeweiligen Eingaben des Vaters in den unzähligen Eingaben im Verfahren 6 F 9/22, seit dem letzten Termin am 25.04.2022, sowohl nach der vom Vater benannten Internetseite www.nationalsozialismus-in-mosbach-baden.info als auch unter dem Namen des Vaters im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes recherchiert hat.“ UND ZWAR nachdem der Antragsteller beginnend im Sommer 2022 eine Reihe von Eingaben zur Aufklärung und juristischen Aufarbeitung von Nationalsozialistischem Unrecht und Nationalsozialistischen Verbrechen und Rechtsextremismus beim Amtsgericht Mosbach unter 6F 9/22 beantragt hat, verfügt sodann das Amtsgericht Mosbach HIER unter 6F 202/21 eine psychiatrische Begutachtung des Antragstellers von NS-Verfahren. UND ZWAR INSBESONDERE nachdem der Beschwerdeführer sowohl verfahrensintern als auch öffentlich die NICHT-ordnungsgemäße amtsseitige Bearbeitung seiner beantragten NS- und Rechtsextremismus- und Rassismus-Verfahren beim vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH kritisiert hatte. UND ZWAR nachdem das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH am 23.12.2021 unter 6F 211/21 die ABR-eA-Übertragung auf die KM amtsseitig mit deren wahrheitswidrigen Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess gegenüber dem Beschwerdeführer begründet, was DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), INSBESONDERE auch HIER in Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! HIERMIT werden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgemäßen Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung mehrere Verhandlungstage anzusetzen für die Besprechungen der im anhängigen Verfahrenskomplex vom Beschwerdeführer beantragten juristischen Aufarbeitungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, sowie von der mangelhaften Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsjustiz von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE durch die Mosbacher Justiz. !!!

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügung des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.7 Nicht vorhandene Thematisierungen der Nazi-Jäger-Aktivitäten des Beschwerdeführers seitens der dazu konkret gerichtlich beauftragen familienpsychologischen Sachverständigen aus Kitzingen

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert und erläutert HIER unter 16 UF 62/24 ABER BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass die vom vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH erneut beauftragte Forensische Sachverständigen für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen den KONKRETEN gerichtlichen Beauftragungen des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH vom 17.08.2022 unter 6F 9/22 und 6F 202/21 aus Kapitel 4.1.3.6.2 in weiten Teilen HIER EXPLIZIT ÜBERHAUPT NICHT nachgekommen ist ...

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige teilt HIER dem beauftragenden AMTSGERICHT MOSBACH NICHT mit, dass sie selbst KEINERLEI Ausbildung und Expertise hat zur rechts-, geschichts-, politikwissenschaftlichen und soziologischen NS-Forschung.

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige verweist HIER das beauftragende AMTSGERICHT MOSBACH EXPLIZIT NICHT an Experten und Sachverständige zur rechts-, geschichts-, politikwissenschaftlichen und soziologischen NS-Forschung weiter, weil die diesbzgl. gerichtlich beauftragte Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsüberprüfung NICHT ihrem Sachgebiet und NICHT ihren Kompetenzen entspricht. Im Gegensatz dazu hatte die familienpsychologische Sachverständige JEDOCH an erwachsenpsychologische Sachverständige zur beauftragten psychiatrischen Begutachtung des Beschwerdeführers verwiesen, weil die diesbzgl. gerichtlich beauftragte Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsüberprüfung NICHT ihrem Sachgebiet und NICHT ihren Kompetenzen entspricht.

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragen Gutachten KEINERLEI KONKRETE BS-einzeleingabenbezogene Stellungnahme VOR ZU den vom o.g. Geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex sowie in den amtsseitig angelegten KV-Sonderbänden beim Amtsgericht aus Kapitel 1 und Kapitel 2 KONKRETEN Thematisierungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, Rechtsextremismus, Rassismus.

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragen Gutachten KEINERLEI KONKRETE BS-einzeleingabenbezogene Stellungnahme VOR ZU den vom o.g. Geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex sowie in den amtsseitig angelegten KV-Sonderbänden beim Amtsgericht aus Kapitel 1 thematisierten KONKRETEN regionalen Tatbeteiligungen an NS-Verbrechenskomplexen im Neckar-Odenwaldkreis, wie HIER u.a. NS-Judenverfolgung und Holocaust; NS-Verfolgung und NS-Völkermord an den Sinti und Roma; NS-Zwangsarbeit; NS-Massenhinrichtungen von polnischen Zwangsarbeitern; Betrieb des NS-Konzentrationslager Neckarelz und anderer NS-KZ-Neckarlager; NS-Todesmärsche aus den regionalen KZs als Endphaseverbrechen; NS-Euthanasie in den Mosbacher Heil- und Pflegeanstalten Neckarelz, etc.

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragen Gutachten KEINERLEI KONKRETE BS-einzeleingabenbezogene Stellungnahme VOR ZU den vom o.g. Geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und

Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex sowie in den amtsseitig angelegten KV-Sonderbänden beim Amtsgericht aus Kapitel 1 thematisierten Versagen der deutschen Nachkriegsjustiz bei der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis durch die Mosbacher Nachkriegsjustiz.

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten KEINERLEI KONKRETE BS-einzeleingabenbezogene Stellungnahme VOR ZU den vom o.g. Geschädigten KV, Nazi-Jäger, Antragsteller und Beschwerdeführer im anhängigen Verfahrenskomplex sowie in den amtsseitig angelegten KV-Sonderbänden beim Amtsgericht aus Kapitel 1 thematisierten amtsseitigen Festhaltens an der an der nationalsozialistischen Behindertendiskriminierungs-Rechtsprechung 1933 bis 1945 beim Amtsgericht Mosbach (SIEHE dazu HIER: AMTSGERICHT MOSBACH Az. XIII 69/35 vom 02.07.1935 des Erbgesundheitsgerichtes beim Amtsgericht Mosbach zu den Nazi-Zwangssterilisierungen, ... HIER: AMTSGERICHT MOSBACH FR.N. VIII/595 vom 08.10.1940, Fall Gida Falkenstein des Vormundschaftsgerichtes beim Amtsgericht Mosbach zur Nazi-Euthanasie).

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten KEINERLEI KONKRETE Stellungnahme VOR ZU der vom Beschwerdeführer initiierten Öffentlichkeitsarbeit mit einer Website zur Dokumentation der Aufklärung und juristischen Aufarbeitung von Nationalsozialistischem Unrecht und Nationalsozialistischen Verbrechen, Rechtsextremismus und Rassismus im Neckar-Odenwaldkreis (www.nationalsozialismus-in-mosbach-baden.info).

... .. die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten KEINERLEI KONKRETE Stellungnahme VOR ZUR „Ablehnung des Nationalsozialismus“ als ein Kriterium für eine entscheidungserhebliche Einschränkung des Sorgerechts und Umgangsrechts beim Amtsgericht Mosbach mit konkreter Bezugnahme auf die konkreten o.g. KV-Nazi-Jäger-Eingaben.

... .. IM GEGENSATZ zu den erwachsenenpsychologischen Sachverständigen des Klinikums Weinsberg mit deren Bezugnahme auf die „Anzeige des Beschwerdeführers gegen Adolf Hitler“ unter 6F 202/21 nimmt ABER die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige keinerlei KONKRETE BEZUGNAHME auf die KONKRETEN KV-Nazi-Jäger-Eingaben in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten unter 6F 202/21.

Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallführungen bezeugen.

!!! HIERMIT werden beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in einer ordnungsgemäßen und sachgemäßen Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung mehrere Verhandlungstage anzusetzen für die Besprechungen der im anhängigen Verfahrenskomplex vom Beschwerdeführer beantragten juristischen Aufarbeitungen von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, sowie von der mangelhaften Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsjustiz von NS-Verbrechen und NS-Unrecht, INSBESONDERE durch die Mosbacher Justiz. !!!

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die Bearbeitungsverweigerung des vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zu o.g. diesbzgl. konkreten Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, beim

OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und mit eigenen zweitinstanzlichen Bearbeitungen der o.g. Beschwerdeführer-Eingaben KONKRET zu ersetzen !!!

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung die qualitative Sachverhaltsermittlung und Sachverhaltsüberprüfung der konkreten Einzel-Eingaben des Beschwerdeführers zu NS-Verbrechen und zu NS-Unrecht, INSBESONDERE im Neckar-Odenwaldkreis, mit einer KONKRETEN Gutachten-Beauftragung an Experten und Sachverständige zur rechts-, geschichts-, politikwissenschaftlichen und soziologischen NS-Forschung beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE KONKRET amtsseitig zu benennen und zweitinstanzlich KONKRET zu veranlassen !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.8 Zurückweisung der Amtsseitigen Relativierung der NAZI-AFD-Höcke-Rechtsprechung im gerichtlich beauftragten familienpsychologischen Gutachten

Es wird HIER darauf hingewiesen...: Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE benennt HIER unter 16 UF 62/24 in der Verfügung vom 13.08.2024 auf Seite 1 in Absatz 4 EINERSEITS die verfahrensrelevante Thematisierung von wahrheitswidrigen „vermeintlichem Rassismus“ „Rassismus“-Unterstellungen im Zivilprozess gegenüber dem KV, Nazi-Jäger, Beschwerdeführer und Antragsteller.

ANDERERSEITS benennt HIER unter 16 UF 62/24 ABER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE IM GEGENSATZ DAZU willkürlich NICHT, dass das vorinstanzliche Amtsgericht Mosbach in den assoziierten Familienrechtsverfahren unter 6F 202/21 amtsseitig die NAZI-AFD-Höcke-Rechtsprechung dadurch relativiert, dass das AMTSGERICHT MOSBACH HIER zulässt und toleriert, dass KM-seitig Familienangehörige des KV, Beschwerdeführers als wahrheitswidrig und rechtswidrig mit einem aus der Luft gegriffenen Werturteil als NAZI bezeichnet werden. UND ZWAR zur initialen gezielten Beeinflussung der Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), von denen ausgehend assoziiert der Beschwerdeführer HIER DANN Benachteiligungen sowohl in den Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22) als auch in den Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex erfahren muss. Die aktuelle und geltende AFD-Nazi-Höcke-Rechtsprechung definiert ABER DAHINGEHEND genau, wer, wie und warum als „NAZI“ bezeichnet werden darf und wer NICHT ! ANDERERSEITS benennt HIER unter 16 UF 62/24 ABER das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE IM GEGENSATZ DAZU willkürlich NICHT, dass die KM im familienpsychologischen Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 Familienangehörige des KV und Beschwerdeführers als ein aus der Luft gegriffenes Werturteil wahrheitswidrig und rechtswidrig entgegen der aktuellen AFD-Nazi-Höcke-Rechtsprechung als „NAZI“ bezeichnet. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten dieszgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

!!! Es wird HIER darauf hingewiesen...: HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, in der Sachverhaltsermittlung, Sachverhaltsprüfung, Entscheidungsfindung, schriftlichen Beschlussbegründung eindeutig klar zu stellen, wann, wie und wo es zulässig sein kann, Verfahrensbeteiligte in Familienrechtsverfahren als „NAZI“ zur

verfahrensinternen und außergerichtlichen persönlichen und beruflichen Rufschädigung zu bezeichnen !!!

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, bzgl. der konkreten nachweisbaren aktenkundigen Sachverhalte, dass das AMTSGERICHT MOSBACH in seiner vorinstanzlichen Verfahrensführung die konkreten wiederholten Eingaben und Beantragungen SOWOHL KM-seitig ALS AUCH KV-seitig sowie RA-seitig unter 6F 211/21 bzw. 6F 202/21 bzgl. Zeugenladungen und Zeugenvernehmungen vor Gericht unter Wahrheitspflicht und Erklärungspflicht über Tatsachen im anhängigen Verfahrenskomplex missachtet und ignoriert, d.h. HIER amtsseitig EXPLIZIT verweigert hat. UND ZWAR, um diese Zeugenaussagen aus den eidesstaatlichen Versicherungen in den KM-seitigen Eingaben mit „Rassismus“-Unterstellungen gegenüber dem Beschwerdeführer ENTGEGEN einer ordnungsgemäßen Sachverhaltsermittlung und -prüfung in einer gerichtlichen Anhörung unter Wahrheitspflicht und Erklärungspflicht über Tatsachen HIER EXPLIZIT NICHT zu ermitteln und HIER NICHT zu überprüfen. Die vom vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH erneut beauftragte Forensische Sachverständigen für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen NIMMT HIER in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten KEINERLEI KONKRETE Stellungnahme zu diesen Sachverhalten. ZWAR thematisiert die erneut beauftragte Forensische Sachverständige für Familienrecht einer Praxis für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie aus Kitzingen HIER in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten psychische Belastungsszenarien und psychische Erkrankungen der KM und die mangelhaften Bindungstoleranzen der KM. JEDOCH NIMMT die vom vorinstanzlichen AMTSGERICHT MOSBACH zwei Mal gerichtlich beauftragte familienpsychologische Gutachterin HIER KEINERLEI KONKRETE Stellungnahme zur KM-seitigen wahrheitswidrigen und rechtswidrigen Nazi-Verleumdung von KV-Familienangehörigen im familienpsychologischen Gutachten vom 07.04.2022 unter 6F 202/21 ENTGEGEN der NAZI-AFD-Höcke-Rechtsprechung. Die gerichtlich beauftragte Sachverständige aus Kitzingen gibt in der gerichtlichen Anhörung unter 6F 202/21 am 15.04.2024 vor dem Amtsgericht Mosbach zu Protokoll, dass sie nie davon ausgegangen sei, dass der KV Nazi ist, während ABER die KM vor dem Amtsgericht Mosbach weiterhin an ihren wahrheitswidrigen Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess gegenüber dem KV und weiterhin an ihrer wahrheitswidrigen rechtswidrigen Nazi-Betitelung der KV-Familie BIS HEUTE festhält. IM GEGENSATZ zur o.g. Sachverständigen hält die KM jedoch seit 2021 bis zum 15.04.2024 und bis heute ihre o.g. Aussagen mit den wahrheitswidrigen und rechtswidrigen Nazi-Unterstellungen gegenüber KV-Familienangehörigen WEITERHIN auch seit April 2024 aufrecht, nimmt EXPLIZIT NICHT davon Abstand und entschuldigt sich EXPLIZIT NICHT offiziell vor dem Amtsgericht Mosbach bei dem Geschädigten KV. Auch nicht in der o.g. gerichtlichen Anhörung am 15.04.2024 unter 6F 202/21. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor bzgl. der o.g. konkreten nachweisbaren aktenkundigen Sachverhalte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und aus der eigenen Erfahrung in seinen diesbzgl. Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.9 Sachverständigen-Feststellung einer nicht vorhandenen psychischen KV-Erkrankung im Begutachtungsergebnis des Klinikums Weinsberg

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, bzgl. der konkreten nachweisbaren aktenkundigen Sachverhalte, dass die psychiatrische Begutachtung des KV, SODANN beim Klinikum Weissenhof in Weinsberg durchgeführt, am 23.08.2023 unter 6F 202/21 im psychiatrischen psychologischen Gutachten zur Risikoeinschätzung kommt, dass beim KV KEINE Hinweise auf Persönlichkeitsstörung; KEINE Hinweise auf wahnhaft, schizophrene Störung; KEINE Hinweise auf paranoide oder auch passive-aggressive (negativistische) Persönlichkeitsstörung und KEINE Anhaltspunkte für weitere psychische Störungen SOWIE keine weiteren Einschränkungen/Problembereiche in den sozialen oder zwischenmenschlichen Fähigkeiten sowie in der Alltagsbewältigung für eine adäquate Versorgung des minderjährigen Sohnes HIER beim KV vorliegen. Die gerichtlich beauftragte Sachverständige aus Kitzingen benennt in ihrem Ergänzungsgutachten vom 21.02.2024 unter 6F 202/21 und gibt am 15.04.2024 vor dem Amtsgericht Mosbach zu Protokoll, dass gemäß dem Gutachten vom 23.08.2023 unter 6F 202/21 ENTGEGEN o.g. wahrheitswideriger Unterstellungen der KM im Zivilprozess vom 22.06.2022 unter 6F 202/21 gegenüber dem Beschwerdeführer mit einer ANGEBLICHEN psychischen KV-Erkrankung und einer damit einhergehende ANGEBLICHEN KV-Erziehungsunfähigkeit unter KM-seitiger KONKRETER Bezugnahme auf die KONKRETEN Nazi-Jäger-Eingaben des KV vom 03.06.2022 und vom 03.06.2022 im anhängigen Verfahrenskomplex zur verfahrenswidrigen und außergerichtlichen Rufschädigung und zur Verfahrensbeeinflussung HIER beim KV KEINE psychische Erkrankung vorliegt. IM GEGENSATZ zur o.g. Sachverständigen hält die KM jedoch seit 2021 bis zum 15.04.2024 und bis heute ihre o.g. Aussagen mit den wahrheitswiderigen Unterstellungen einer angeblichen psychischen KV-Erkrankungen unter konkreter Bezugnahme auf seine KV-Nazi-Jäger-Eingaben gegenüber dem o.g. geschädigten KV, Nazi-Jäger und Beschwerdeführer WEITERHIN auch seit April 2024 aufrecht, nimmt EXPLIZIT NICHT davon Abstand und entschuldigt sich EXPLIZIT NICHT offiziell vor dem Amtsgericht Mosbach bei dem Geschädigten KV. Auch nicht in der o.g. gerichtlichen Anhörung am 15.04.2024 unter 6F 202/21. IM GEGENSATZ zu den erwachsenenpsychologischen Sachverständigen des Klinikums Weinsberg 23.08.2023 unter 6F 202/21 mit deren Bezugnahme auf die „Anzeige des Beschwerdeführers gegen Adolf Hitler“ nimmt ABER die gerichtlich beauftragte familienpsychologische Sachverständige keinerlei KONKRETE BEZUGNAHME auf die KONKRETEN KV-Nazi-Jäger-Eingaben in zwei gerichtlich beauftragten Gutachten unter 6F 202/21. Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor bzgl. der o.g. konkreten nachweisbaren aktenkundigen Sachverhalte. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und aus der eigenen Erfahrung in seinen diesbzgl. Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

4.1.3.10 Zurückweisung der Amtsseitigen Nötigung des Beschwerdeführers mit der Unterstellung einer ANGEBLICHEN psychischen Erkrankung auf Grund seiner Eingaben und Beschwerden zur juristischen Aufarbeitung von Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor zur vorinstanzlichen Amtsseitigen Nötigung des Beschwerdeführers durch das AMTSGERICHT MOSBACH mit der verfahrensbeabsichtigten persönlichen und beruflichen Rufschädigung mittels verfahrensinternen und außergerichtlicher Diskreditierung und Diffamierung des Beschwerdeführers durch die Unterstellung einer ANGEBLICHEN psychischen Erkrankung des Beschwerdeführers auf Grund seiner o.g. Eingaben an und Beschwerden gegen das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE zu Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus, damit der Beschwerdeführer von diesen letztendlich ablassen solle. UND DIES WÄHREND ABER das vorinstanzliche AMTSGERICHT MOSBACH ANDERERSEITS die gerichtsbekannte und aktenkundige psychische KM-Erkrankungsgeschichte mit Psychopharmaka-Medikamentierungen sowie mit psychotherapeutischer Behandlung HIER amtsseitig ignoriert und KEINE psychiatrische Begutachtung der KM gerichtlich beauftragt. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und aus der eigenen Erfahrung in seinen diesbzgl. Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE thematisiert HIER ABER UNTER 16 UF 62/24 ANDERERSEITS BISHER in seiner Verfügung vom 13.08.2024 GLEICHZEITIG EXPLIZIT NICHT, nimmt KEINERLEI Bezugnahme und ERLÄUTERUNG vor, dass die KM in ihrer Eingabe unter 6F 2/22 AMTSGERICHT MOSBACH = 16 UF 62/24 OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE vom 14.07.2022 auf Seite 2, in Abs. 9, mit Bezugnahme auf 6F 202/21 gegenüber dem Beschwerdeführer Rassismus-Unterstellungen im Zivilprozess mit KONKRETEN Rassismusvorwürfen dahingehend NACHWEISBAR AKTENKUNDIG wiederholt und kontinuierlich unternimmt, dass der „weiße deutsche KV“ ANGEBLICH „tatsächlich ein Problem mit Rassismus“ haben könnte. Die KM wiederholt kontinuierlich im anhängigen Verfahrenskomplex beim AMTSGERICHT MOSBACH und OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE gegenüber dem KV und Beschwerdeführer wahrheitswidrige Rassismusvorwürfe, die DANN ABER zu verfahrensrelevanten und entscheidungserheblichen Benachteiligungen des KV und Beschwerdeführers bei Sorgerechtsverfahren (6F 211/21, 6F 202/21), bei Umgangsrechtsverfahren (6F 9/22), sowie auch daraus hervorgehend HIER bei Unterhaltsverfahren (6F 2/22 = 16 UF 62/24 OLG KA) sowie bei assoziierten Verfahren im anhängigen Verfahrenskomplex führen. U.a. auch dieses krasse Fehlverhalten der KM mit den HIER gezielten KM-seitigen verfahrensinternen als auch außergerichtlichen Diskreditierungen und Diffamierungen mit persönlichen und beruflichen Rufschädigungen des Beschwerdeführers mit Rassismus- und Nazi-Unterstellungen im Zivilprozess, die HIER AUCH in verfahrensinhaltlichen und prozessualen Benachteiligungen des Beschwerdeführers resultieren, begründet HIER KONKRET unter 16 UF 62/24 beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE die KV-BS-beantragte Verwirkung von KM-Unterhaltsansprüchen. Dies kann der KV-RA Herr Sommer aus Würzburg bei dem ihm vom Antragsteller und Beschwerdeführer übersandten diesbzgl. Eingabekopien und in seinen Verfahrensbevollmächtigten Fallbegleitungen bezeugen.

Auch aus diesen Gründen werden diese Verfügungen des OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 vom 13.08.2024 und vom 22.08.2024 HIER mit Einspruch, Widerspruch und Beschwerde zurückgewiesen.

5. Weitere Begründungen und Beantragungen

!!! HIERMIT wird beim OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE unter 16 UF 62/24 beantragt, nachweislich Schutz vor verfahrensinhaltlicher und prozessualer Benachteiligung und Diskriminierung des HIER geschädigten KV, Nazi-Jägers, Antragstellers und Beschwerdeführers zu gewährleisten, weil der Antragsteller und Beschwerdeführer gemäß der Meinungsfreiheit unter Art. 5 GG aktenkundig und nachweisbar sowohl das AMTSGERICHT MOSBACH und das OBERLANDESGERICHT KARLSRUHE in seinen Verfahrensführungen und Entscheidungsfindungen und Entscheidungsbegründungen "umfangreich" und "vielfältig" sowohl verfahrensintern als auch öffentlich kritisiert. !!!

Weitere Begründungen folgen zeitnah.

6. Beweismittel, Begründung und Glaubhaftmachung

... o.g. Verfahrenskomplexe bei AMTSGERICHT MOSBACH und OLG KA

... AG MOS-amtsseitig angelegte KV-Eingaben-Sonderbände zu Deutschen Kolonialverbrechen in Afrika, Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und Rassismus

... Online-Dokumentation: <http://nationalsozialismus-in-mosbach-baden.de/>

... Bundesgerichtshofs-Urteil vom 20.08.2024 gegen eine 99-jährige Zivilangestellte NAZI-KZ-Sekretärin wegen Beteiligung am NS-Massenmord.

... Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 13.05.2024, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall weiterhin einstufen darf.

... Öffentliche INFORMATIONSAUSHANGSTAFELN im Amtsgericht Mosbach in der eigenen institutionellen NS-Vergangenheitsbewältigung zu NS-Verbrechen und deren juristischen Aufarbeitungen durch die Mosbacher Justiz nach 1945 ... NS-Schreibtischtäter als Haupt- und Exzessivtäter, Nazi-Justizverbrechen sowie Kontinuität von NS-Funktionseleiten und Nazi-Juristen nach 1945 am Beispiel des Nazi-Staatsrechtlers, NS-Rechtstheoretikers Carl Schmitt. Die antisemitischen Nürnberger Gesetze von 1935 nannte er eine „Verfassung der Freiheit“. Er vertrat die Freund-Feind-Theorie zur Rechtfertigung und Beförderung der NS-Ideologien für den Nazi-Angriffs-Terror- und Vernichtungskrieg gegen äußere Feinde und für die NS-Verfolgung und NS-Vernichtung der inneren politischen, rassenideologischen und rassenhygienischen Feinde. Mit seiner Theorie der Großraumordnung rechtfertigte Schmitt den Nazi-Angriffs-Terror- und Vernichtungskrieg in Europa. Vor dem Primat einer unbedingten Wahrung der nationalen Souveränität vor allem autoritärer Staaten gegenüber den Forderungen der Demokratie lehnte Schmitt internationale Sanktionen ab.

Mit freundlichen Grüßen, Bernd Michael Uhl